ROTE ANNELIESE

Nr. 172 / Mai 2002 Fr. 6.–

Filzwütige Polizei:

Tipps, wie Du Dich wehren kannst!

Seite 13

Schwarzgeld-Affäre

Jetzt reden die Mitarbeiter:

«Bayard lügt!»

Seite 3

Suizid in Steg

Strafpredigt spaltet die Bevölkerung

Seite 4

Kollegium Brig

Rektor turnt SchülerInnen auf der Nase herum

Seite 6

Vergabewesen: Heimatschutz für Präfekt Josef Bumann Seite 11

Lügt Bayard oder lebt er in den Wolken?

Nach dem Niedergang der Firma Gertschen schob Verwaltungsratspräsident Paul-Bernhard Bayard die Verantwortung auf die Mitarbeiter ab und ging über seine ruinösen Fehlentscheide achselzuckend hinweg. Auch in der Schwarzgeld-Affäre versucht Bayard die Verantwortung auf die untere Ebene abzuschieben. Gegenüber den Medien gab er an, er sei *«aus allen Wolken gefallen»* und habe von der Schwarzgeld-Kasse nichts gewusst.

Man konnte nach dieser Feststellung Bayards hinhören, wo man wollte: Überall herrschte ungläubiges Staunen, ja sogar Gelächter. Ein Betreibungs- und Konkursbeamter, dessen eigenes Treuhandbüro am Schluss sogar die Buchhaltung der Firma Gertschen erledigte, soll nichts über diese Geldtransaktionen gewusst haben! Lebte dieser Mann wirklich wie ein Engel in und über den Wolken?

Ob Bayard tatsächlich in den Wolken lebte oder knüppeldick lügt, das soll das kantonale Untersuchungsrichteramt entscheiden. Die polizeilichen Untersuchungen sind seit zwei Monaten im Gange. Jetzt kann das neu geschaffene Untersuchungsrichteramt zeigen, ob es fähig ist, sich aus dem Dunstkreis der bisherigen CVP-Justiz zu befreien. Das wird nicht ganz leicht sein, denn Bayard ist nicht irgend jemand und sein Spinnennetz ist an vielen Ecken und Ritzen des Kantons verankert.

Doch was in diesem Fall entscheidend ist: Die ehemaligen Gertschen-Mitarbeiter sind nicht Teil des Spinnennetzes. Sie sind gewillt, die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen. Damit wird es für Bayard sehr ungemütlich. Denn laut Recherchen der *Roten Anneliese* sind die ehemaligen Mitarbeiter der Meinung, dass Bayard von der Schwarzgeldkasse gewusst hat!

Die Untersuchungen dürfen nicht bei der Schwarzgeld-Affäre stehen bleiben. Zentral bleibt die Frage, wie es zum Gertschen-Debakel kommen konnte und wer dafür die Verantwortung trägt? Obwohl die Firma den jährlichen Bankforderungen in der Höhe von rund 500 000 Franken nicht mehr nachkommen kann, ist bis jetzt noch kein Konkursverfahren im Gang. Da ist doch etwas faul!

Kurt Marti

Inhalt

Schwarzgelder ▶ Seite 3
Suizid in Steg: Strafpredigt ▶ Seite 4
Kollegium: Rektor turnt ▶ Seite 6
Spital Brig: Wieder Ärger ▶ Seite 9
Naters: Teure Studien ▶ Seite 10
Vergabewesen: Vetterliwirtschaft ▶ Seite 11
Gemeindepolizei: Regional lösen! ▶ Seite 12
Cannabis: Leibesvisitation ▶ Seite 13
Cannabis: Filz-Tipps ▶ Seite 13
Arbeitslose: Weitere Strafen ▶ Seite 14
Bolivien: Kokabauern ▶ Seite 15
Giangiacomo Feltrinelli: ▶ Seite 16
Wohin frau/man geht ▶ Seite 18
Beat Mutter: Wie lange noch? ▶ Seite 20
Denkmal für Doktor Goudron ▶ Seite 20

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
Kurt Marti (ktm)
Cyrill Pinto (cp)
Patrick Zehner (pz)

Sekretariat
Ursula Schild

Freie Mitarbeiter
German Eyer (ge)
Hilar Eggel (he)
Dominik Luggen
Sonja Oesch

Agenda
Renate Werlen

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Dicke Eier

Caesar Jaeger vermisst!

Als am Samstag, den 6. April, auf dem Sebastianspatz kein flottes Auto vorfuhr und vor den Marktständen parkierte, als kein etwas übergewichtiger Herr ausstieg und in der Bäckerei Schalbetter einen grossen Sack voller Brötchen holte, da machten sich die einen oder anderen schon Sorgen, dass etwas passiert sein musste. Und tatsächlich: Am Prominenten-Fussballspiel vom Ostersonntag hatte sich der 1. Vizepräsident des Grossen Rats, und wahrscheinlich der erste FDPO-Vertreter auf dem Sitz des Landeshauptmannes an der Achillessehne verletzt. Die *Rote Anneliese* wünscht Caesar Jaeger gute Besserung, auf dass er seine Samstags-Brötchen wieder auf vier Rädern holen kann.

Lex Stockalpergarten gegen «Üsserschwiizer»

Wenn das der alte Stockalper wüsste? Es droht der Ausverkauf des Gartens an die *«Üsserschwiizer»*, wie die Stadtpräsidentin Viola Amherd in einem Brief an die lieben EinwohnerInnen der Stadtgemeinde Brig-Glis *«leider»* feststellen musste. Bis jetzt haben nämlich mehr Üsserschwiizer als EinwohnerInnen von Brig-Glis Anteilscheine des Stockalpergartens gezeichnet. Die *Rote Anneliese* ist besorgt und schlägt eine Lex Stockalpergarten vor, welche den Ausverkauf an die Üsserschwiizer verhindert.

Siders: *RA* bald offizielles Lehrmittel?

Es geschehen noch Zeichen und Wunder! Der Bericht der *Roten Anneliese* über das Gertschen-Debakel und die Schwarzgelder hat auch in der Walliser Schullandschaft Spuren hinterlassen. An der Handelsschule in Siders wurden nämlich unlängst genau diese Artikelserie als Grundlage für ein Diktat genommen. Wie lange dauert's noch, bis die *Rote Anneliese* im Wallis ganz zum offiziellen Lehrmittel wird?

■ Schwarzgeld-Affäre: Alle haben davon gewusst
■ Nur Paul-Bernhard Bayard fiel «aus allen Wolken»!

Jetzt reden die Mitarbeiter: «Bayard lügt!»

NATERS – **Nachdem die letzte *Rote Anneliese* ein Schwarzgeldkonto der Firma Gertschen aufdeckte, behauptete Verwaltungsratspräsident Paul-Bernhard Bayard gegenüber den Medien, nichts davon gewusst zu haben. Er sei buchstäblich *«aus allen Wolken gefallen.»* Ehemalige Gertschen-Mitarbeiter sind anderer Meinung: *«Bayard lügt!»***

VON KURT MARTI

Hat Verwaltungsratspräsident Paul-Bernhard Bayard von der Existenz der Schwarzgeldkasse der Firma Gertschen gewusst oder nicht? So lautet im Moment die entscheidende Frage in der Affäre *«Conti Neri»*. Falls er davon gewusst hat, muss er als Vorsteher des Betreibungs- und Konkursamtes des Bezirkes Brig sofort zurücktreten.

Drei heisse Fragen an die Mitarbeiter

Die *Rote Anneliese* hat ehemaligen Gertschen-Mitarbeitern drei Fragen gestellt:

1. Haben Sie persönlich von den Schwarzgeldern gewusst?
2. Hat Verwaltungsratspräsident Paul-Bernhard Bayard davon gewusst?
3. Was werden Sie vor dem Untersuchungsrichter aussagen, falls sie vorgeladen werden?

Das brisante Resultat der Befragung: Die angefragten Mitarbeiter erklären, von der Existenz der Schwarzgelder gewusst zu haben, wenn auch die Höhe der transferierten Gelder (über 700 000 Franken) nicht allen bekannt war. Über die Aussage Bayards, er habe nichts von den Schwarzgeldern gewusst und sei *«aus allen Wolken gefallen»*, müssen sie nur lachen. Für die Befragten ist klar, dass Bayard Kenntnis von den Schwarzgeldern hatte. *«Er lügt wie gedruckt!»* lautet die einhellige Meinung und einer der Befragten stellte sarkastisch fest: *«Ich habe gar nicht gewusst, dass Bayard in den Wolken lebt.»*

Mitarbeiter belasten Bayard

Die angefragten, ehemaligen Gertschen-Mitarbeiter werden diese Aussagen auch vor dem Untersuchungsrichter zu Protokoll geben, sofern sie nicht schon vorgeladen wurden. Dies erklärten sie gegenüber der *Roten Anneliese*. Falls Bayard tatsächlich von den Conti Neri gewusst haben sollte, dann ist seine Strategie offensichtlich: Er möchte die Verantwortung auf die Stufe Geschäftsleitung und Kader abschieben und sich auf diese Weise schadlos halten. Diese Rechnung allerdings dürfte einen Haken haben: Die Freunde Bayards in der Firma Gertschen sind bald gezählt!

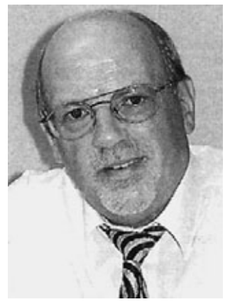
Die Ermittlungen des kantonalen Untersuchungsrichteramtes laufen seit zwei Monaten, wie Untersuchungsrichter Jean-Pierre Greter bestätigt. Die polizeiliche Untersuchung, welche noch immer andauert, wird von Arnoldo Zeiter, Spezialist für Wirtschaftskriminalität bei der Kantonspolizei, geführt. Erste Untersuchungsergebnisse sind im Sommer zu erwarten.

Vom Leben in den Wolken

Falls Bayard von den Schwarzgeldern gewusst hat, dann hat er sich mit seinen Dementis selbst ins Abseits manövriert. Falls er davon nichts gewusst hat, dann lebte und lebt Bayard tatsächlich in den Wolken, denn:

- Über das Schwarzgeldkonto flossen Hundertausende von Franken, für die keine Mehrwertsteuer und keine Sozialbeiträge bezahlt wurden. Bayard hat laut eigenen Angaben nichts bemerkt.
- In der Amtszeit von Bayard fanden zwei Übergaben der Buchhaltung statt. Bayard hat ebenfalls nichts bemerkt.
- Nach der Kündigung des Buchhalters führte das Treuhandbüro Bayard die Buchhaltung der Firma Gertschen weiter. Bayard hat auch jetzt nichts bemerkt.
- Auf der Liste der Conti Neri steht pikanterweise auch der Name von Bayard, und zwar neben dem Namen seines Kollegen und Saaser Hoteliers Silvan Bumann. Bayards Motto: Mein Name ist Hase, ich weiss von nichts.

Lebte Bayard tatsächlich in den Wolken oder lügt er wie gedruckt? Diese Frage muss nun das kantonale Untersuchungsrichteramt beantworten und die Wahrheit ans Tageslicht bringen. Falls dies nicht geschieht, kann es leicht geschehen, dass sich die öffentliche Kritik einmal mehr gegen die Justiz selber richtet. Die *Rote Anneliese* bleibt dran.



Als VR-Präsident der Möbel Gertschen AG machte er sich per Demission aus dem Staub. Wie lange ist Paul-Bernhard Bayard noch Betreibungsbeamter?

Paul-Bernhard Bayard: «Immer treu zur CVPO»

- **70er Jahre: Sekretariat der CVP Naters**
- **1981–1992: Präsident der CVP Brig**
- **1981–1992: Sekretär der CVPO**
- **1989–1993: CVPO-Grossrat; vorher CVPO-Suppleant**
- **Seit 1980: Inhaber des Treuhandbüros Bayard in Brig**
- **Seit 1988: Vorsteher des Betreibungs- und Konkursamtes des Bezirkes Brig**
- **1980–1991: OGA-Sekretär; gleichzeitig TCS-Regionalsekretär**
- **1986–1992: Vorstand des Walliser Gewerbeverbandes**
- **1992–2001: Präsident des Walliser Gewerbeverbandes**
- **Seit 1994: Präsident der Vereinigung Oberwalliser Verkehr und Tourismus**
- **Mitglied des Komitees der Walliser Industrie- und Handelskammer**
- **Vorstand des Schweizerischen Gewerbeverbandes**

Zitat im WB vom 7. September 2001: *«In Sachen Politik stand ich immer treu zur CVPO, wenn ich bisweilen an der Stossrichtung der Strategen in der Sach- und Personalpolitik auch etwas zu mäkeln hatte.»*

NACH DEM SUIZID EINES JUGENDLICHEN

Begräbnispredigt spaltet die Steger Bevölkerung

STEG **– In Steg nahm sich im letzten Februar ein junger Mann das Leben. Die Begräbnispredigt von Pfarrer German Burgener spaltet seither die katholische Kirchgemeinde. In zwei Briefen richteten Erwachsene und Jugendliche harte Kritik an den Bischof. Ein weiterer Brief wurde sowohl vom *«Walliser Boten»* als auch von der *«Regionalzeitung»* abgewiesen. Pfarrer Burgener sieht sich seinerseits als Opfer einer Kampagne.**

VON KURT MARTI

«Wir sind hilflos, traurig und auch erzürnt, was in unserer Gemeinde betreffend der Seelsorge geschieht», steht in einem Brief vom 27. Februar an Bischof Norbert Brunner. Unterzeichnet ist der Brief von rund 25 Erwachsenen StegerInnen. Ebenfalls mit einem Brief richteten sich 20 Jugendliche an den Bischof: «*Leo war ein sehr lieber, hilfsbereiter und freundlicher Mensch – doch unser Pfarrer fand keine guten Worte für ihn. Unter vielen anderen verletzenden Äusserungen nahm er sogar das Wort ‚Selbstmordattentäter' in den Mund und verurteilte diese aufs schärfste.*»

«Selbstmordattentäter» in einer Beerdigungspredigt!»

Als Verwandte, Freunde und Bekannte von Leander Walter, der sich das Leben nahm, nach dem Begräbnisgottesdienst vom 20. Februar vor die Kirche von Steg traten, schauten sie sich entgeistert an: Was für eine schreckliche Begräbnispredigt! Ein guter Bekannter des Verstorbenen fasste seine Gedanken zur Predigt in einen Leserbrief zusammen. Hieraus der folgende Ausschnitt: *«Anfänglich dachte ich, ich sei allein mit meiner Meinung. Dass diese Predigt jedes Feingefühl vermissen liess, aber dem ist nicht so. Von allen Seiten habe ich es gehört. Statt Trost zu spenden, führte er einen Rundumschlag gegen die Schlechtigkeit der Welt. Was haben denn Selbstmordattentäter in einer Beerdigungspredigt zu suchen? Wieso wird das Thema der Abtreibung zum Bestandteil der Predigt?»* Sowohl der Walliser Bote als auch die Regionalzeitung haben die Veröffentlichung des Briefes abgelehnt.

«Leo war ein sehr lieber, hilfsbereiter und freundlicher Mensch, doch unser Pfarrer fand keine guten Worte für ihn. Unter vielen anderen verletzenden Äusserungen nahm er sogar das Wort ‚Selbstmordattentäter' in den Mund und verurteilte diese aufs schärfste.» Jugendliche aus Steg in einem Brief an den Bischof

«Ich gehe nicht mehr in eine solche Kirche»

Im Brief der Erwachsenen an den Bischof deuten diese an, dass es sich nicht um einen einmaligen Fall handelt: *«Grundsätzlich haben wir mehrmals feststellen können, dass Herr Pfarrer Burgener bei Beerdigungsgottesdiensten sehr oft nicht die passenden Worte findet.»* Harte Worte bekommt Bischof Brunner auch von den Jugendlichen zu hören: *«Als der Gottesdienst zu Ende war, hat sich in unseren Herzen neben dem Schmerz, der Trauer und der Verzweiflung auch noch grosse Wut eingenistet. Viele äusserten sich mit den Worten: ‚Ich gehe nicht mehr in eine solche Kirche'.»*

Auch Bischof «fast gekreuzigt»

Pfarrer Burgener sieht sich seinerseits als Opfer einer Kampagne: *«Ich habe schwere Stunden gehabt.»* Auch mit dem Bischof habe er darüber gesprochen. Dazu Burgener: *«Mit dem Bischof bin ich im Reinen.»* Diesem sei es ja letztes Jahr ähnlich ergangen wie ihm. In einem Nebensatz habe der Bischof sich über die Homosexuellen geäussert und dann habe man ihn *«fast gekreuzigt»*. Pfarrer Burgener nahm in einem an den Bischof und den Pfarreiratspräsidenten gerichteten Brief Stellung und beteuert, die Trauerfamilie des Verstorbenen habe von ihm alles bekommen, was es in diesem Fall brauche.

Als Begründung für seine Strafpredigt verweist er auf die Worte des Apostel Paules an seinen Schüler Thimotheus: *«Verkünde das Wort, tritt dafür ein, ob man es hören will oder nicht, weise zurecht, tadle, ermahne in unermüdlicher und geduldiger Belehrung. Ertrage das Leiden, erfülle treu Deinen Glauben!»*

Bischof Norbert Brunner wollte informieren

Altersheim Annaheim sperrte den Sitzungssaal ab!

(ktm) Bischof Norbert Brunner beauftragte Diakon Robert Moser mit der Information der Bevölkerung. Am 23. April lud Moser die VerfasserInnen der drei Briefe und den Pfarreirat zu einer Aussprache ins Sitzungszimmer des Altersheims Annaheim. Doch die Eingeladenen staunten nicht schlecht, als die Türe des Lokals abgeriegelt war und ein Notizkleber auf einen Saal der Gemeinde verwies. Am späteren Nachmittag hatte nämlich die Verwaltung des Annaheims verlauten lassen, das Lokal werde für eine solche Sitzung nicht zur Verfügung gestellt.

Bischof lud Pfarrer nicht ein

In der Sitzung ging es vor allem um die Klärung der Frage, ob die Eltern in ihrem Brief an den Bischof die Absetzung von Pfarrer Burgener gefordert haben. Die BriefverfasserInnen kamen durch solche Gerüchte im Dorf stark unter Druck. In der Sitzung stellte sich klar heraus, dass die Eltern keineswegs die Absetzung des Pfarrers verlangt hatten, sondern vielmehr Hand zu einem *«Miteinander»* geboten haben. Einige Skepsis gegenüber Burgener scheint der Bischof zu hegen, denn er hatte ihn für die Sitzung ausdrücklich nicht eingeladen. Worauf dieser in einem Brief an die SitzungsteilnehmerInnen den bischöflichen Entscheid kritisierte. Hypernervös soll zudem Pfarreipräsident Patrick Zengaffinen reagiert haben, als er von den Recherchen der *Roten Anneliese* erfuhr. Seine Weisung: Sofort stoppen!

Interview mit dem Theologen Pascal Mösli*

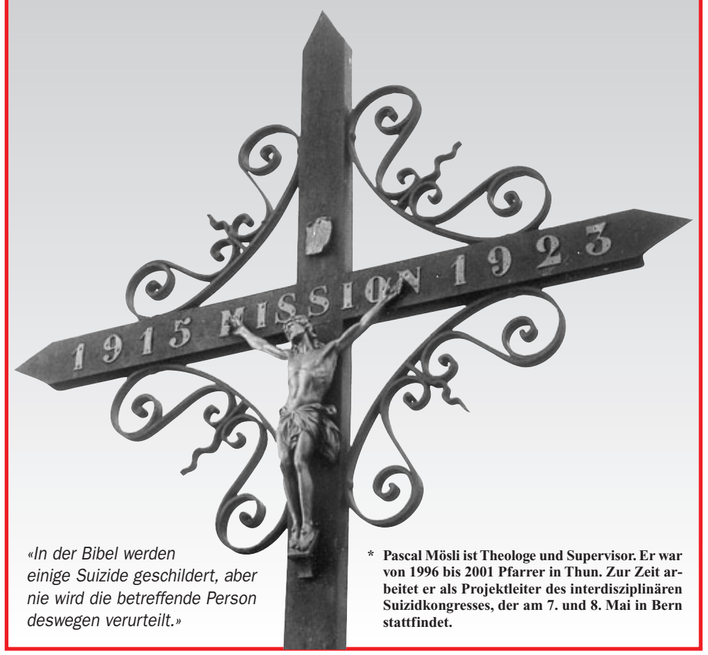
«Es gibt keine Disqualifikation des Suizids in der Bibel»

Rote Anneliese: Herr Mösli, Sie haben die Briefe der Erwachsenen und der Jugendlichen von Steg an den Bischof gelesen. Wie beurteilen Sie die Predigt von Pfarrer German Burgener?

Pascal Mösli: Ich kenne die Abschiedspredigt von Pfarrer Burgener nicht. Es ist mir deshalb nicht möglich, auf seine Aussagen zu reagieren. Ich kann aber einige grundsätzliche Dinge sagen, die mir in der Sache wichtig sind. Ich finde es fragwürdig, einen Menschen, der sich sein Leben genommen hat, im Nachhinein und von ‚aussen' moralisch verurteilen zu wollen. Die Kirche hat das seit frühen Zeiten getan. 381 beschloss der Bischof von Alexandrien, Thimotheus, daß es für *«Selbstmörder»* (wie sie später – und zum Teil noch heute – disqualifizierend genannt wurden) keine Gebete mehr geben dürfe. Nachdem sich in der Folge Augustinus vehement gegen die Selbsttötung ausgesprochen hatte, wurde ihr *«Verbot»* auf den Synoden von Arles (452), Orléans (533) und Auxerre (613), den Provinzialkonzilen von Braga (561/563) und Auxerre (578), der XVI. Provinzialsynode von Toledo (693) und schliesslich von Papst Nikolaus I. (860) bekräftigt, als *«Selbstmord»* gebrandmarkt und mit immer schwereren Strafen belegt. Seit der Synode von Orléans wurde jenen, die freiwillig aus dem Leben geschieden waren, die kirchliche Bestattung verweigert. Auf dem Provinzialkonzil von Braga war bereits entschieden worden, die so Verstorbenen zu exkommunizieren und mit dem Begraben ausserhalb geweihter Erde zu bestrafen. Opfergaben und Gedenkfeiern für die Suizidenten werden ebenfalls verboten. Diese verurteilende Haltung hat die Kirche (katholisch wie reformiert) lange Zeit aufrecht erhalten.

Wie wurde diese brutale Verurteilung des Suizids begründet? Konnte sich Thimotheus etwa auf die Bibel stützen?

Nein. Wenn wir uns die Bibel selbst und die frühe Kirche anschauen, sieht es vollkommen anders aus: Es finden sich keine Verurteilungen von Menschen, die sich das Leben genommen haben – und von einer Diskriminierung ihres Umfeldes ist schon gar keine Rede. In der Bibel werden ja einige Suizide geschildert, zum Beispiel von Saul, Simson und Simri – aber nie wird die betreffende Person deswegen verurteilt. Das scheint mir doch sehr wichtig zu sein: Es gibt keine Disqualifikation des Suizids in der Bibel. Einigen der Suizidenten wurde nach ihrem Tod sogar die grösste Ehre zuteil, die Verstorbenen zu biblischen Zeiten erwiesen werden konnte: Sie wurden im *«Grabe ihrer Väter»* beigesetzt.



«In der Bibel werden einige Suizide geschildert, aber nie wird die betreffende Person deswegen verurteilt.»

* **Pascal Mösli ist Theologe und Supervisor. Er war von 1996 bis 2001 Pfarrer in Thun. Zur Zeit arbeitet er als Projektleiter des interdisziplinären Suizidkongresses, der am 7. und 8. Mai in Bern stattfindet.**

FQS: Förderndes Qualitätsevaluationssystem

«Aber Herr Lehrer, das machen Sie doch sonst auch nicht!»

BRIG **– Es tönt vordergründig gut: Der Unterricht soll durch ständige Evaluation an Qualität zulegen. Doch LehrerInnen kontrollieren LehrerInnen, die Besuche sind vorgängig angekündigt. Viele SchülerInnen haben bis jetzt nichts zu sagen, schütteln den Kopf: *«FQS ist in dieser Form ein Witz!»***

VON PATRICK ZEHNER

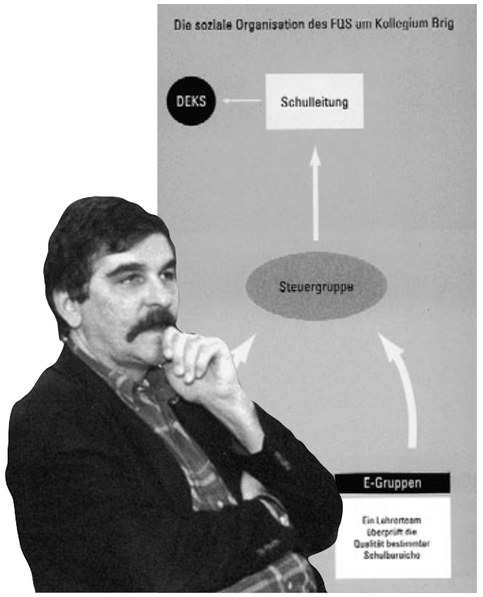
«Das Fördernde Qualitätsevaluations System (FQS) hat vor allem eines gebracht: Schönere Skizzen an der Wandtafel!» äussert sich ein Schüler gegenüber der *Roten Anneliese.* Schuld an diesem dürftigen Leistungsausweis ist die Art der Evaluation: Jeweils vier LehrerInnen des Kollegiums schliessen sich zu einem Viererteam (Q-Team) zusammen und besuchen einander jeweils in den Unterrichtsstunden. Am Schluss wird die Unterrichtsleistung unter Kollegen evaluiert. Bisheriges Resultat: Schönere Skizzen an der Wandtafel. Doch am meisten unter den SchülerInnen gibt zu reden, dass die Besuche der Q-Kollegen dem untersuchten Professor vorgängig immer bekannt sind. Die stellen sich darauf ein und halten eine Musterlektion.

Vorschlag der Schülerschaft abgesägt!

Ein Schüler erinnert sich: *«Das Q-Team war kürzlich bei Mathe-Lehrer Peter Borer. Er hielt eine erstklassige Lektion, machte zum Schluss sogar eine Zusammenfassung. Das Feedback kam prompt: Ein verduzter Schüler meldete sich und meinte: ‚Aber das machen Sie doch sonst auch nicht!'»*

Die Forderung, auch die LehrerInnen einmal benoten zu können, stammt aus den Kreisen der Schülerschaft. Der Schülerrat wollte jedoch eine Evaluation durch einen Aussenstehenden.

Die Professorenkonferenz um Peter Arnold entschied sich für das FQS. Begründung: Die Kontrolle durch einen Lehrer, den man kennt, sei wirkungsvoller. *«Der Schulinspektor war mal, den wollen wir nicht mehr!»* Die versprochenen Schülerbefragung ist bisher ausgeblieben. *«Offenbar glaubt man nicht, dass wir zwischen Sympathie/Antipathie und der Leistung eines Lehrers unterscheiden können»,* glaubt eine Schülerin.



Hochglanzbroschüre statt echte Evaluation: «Das FQS ist in dieser Form ein Witz», meinen nicht nur die SchülerInnen.

Neue Maturitätsanerkennungsregelung (MAR) ■ Doppelt so viele SchülerInnen drohen durchzufallen ■ SchülerInnen verunsichert, LehrerInnen irritiert

Rektorat wiegelt ab: «Einfach ein schlechter Jahrgang»

BRIG **– Doppelt so viele KollegianerInnen wie im Vorjahr würden heuer die Matura nicht bestehen. Grund: Die neue Maturitätsanerkennungsregelung (MAR). Unsicherheit unter SchülerInnen wie LehrerInnen. Jetzt hat die Schulleitung reagiert: mit einem Rechentrick.**

(pz) Unglaublich: Die neue Maturaregelung MAR verursacht bei SchülerInnen wie LehrerInnen Kopfschmerzen. Die Schulleitung hält derweil die wichtigen Informationen unter dem Deckel. Erst nach etlichen Nachfragen seitens der Schülerschaft kommt raus: In den 4. Klassen würden nach dem ersten Semester doppelt so viele SchülerInnen die Matura nicht bestehen wie noch im Vorjahr. Lapidarer Kommentar des Rektors: *«Es ist einfach ein schlechter Jahrgang».*

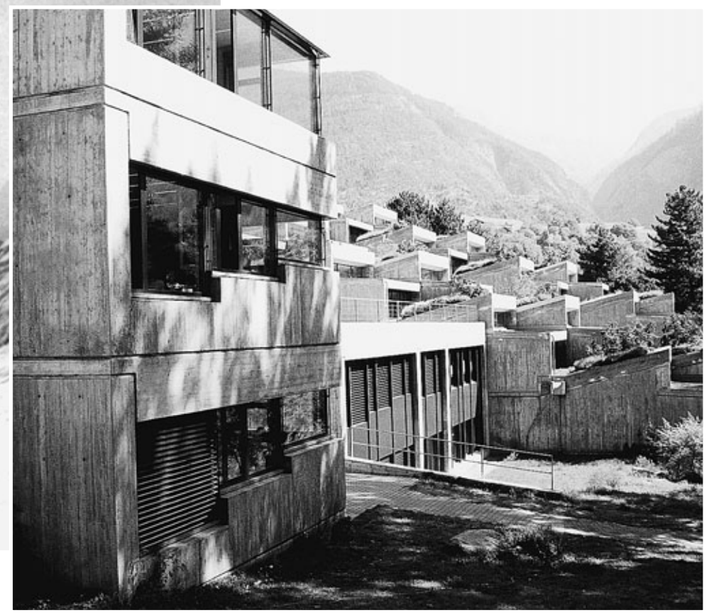
Verschleierungstaktik

Arnolds Analyse ist schlecht, die Schülerschaft dementsprechend empört. Schuld an der hohen Durchfallquote ist vielmehr: Ungenügende Zeugnisnoten zählen doppelt, sowohl in der vierten wie in der Matura. Eine 3,5 im Zeugnis kann nur mehr mit einer 5 aufgeholt werden. Der Kompensationsmechanismus – einzelne Fächer werden zu einer Fächerkombination zusammengefasst, die Noten gemittelt – hilft da wenig. Jetzt reagiert die Schulleitung mit einem Rechentrick. Künftig gilt auch die Note 3,8 als eine Note 4.

Zwei statt drei Stunden Turnen
Professoren putzen am Ende auch den Wintersporttag rüde ab!

Rektorat und Professoren turnen den SchülerInnen auf der Nase herum!

Das Kollegium beerdigt den Wintersporttag mit hanebüchenen Argumenten!



BRIG **– Statt drei Turnstunden erhalten die KollegianerInnen nur deren zwei. Grund: Der Kanton muss sparen. Als Kompensation verlangen die SchülerInnen einen Wintersporttag. Doch die Professoren versenken das Schülerkonzept. Ein Trauerspiel!**

VON PATRICK ZEHNER

«Das Kollegium Brig verstösst gegen die Bundesverordnung zur Förderung von Turnen und Sport: Wir erhalten nur zwei Wochenstunden Sport!» ärgert sich ein Schüler. Tatsächlich bietet das Kollegium die vorgeschriebenen drei Stunden nur für die Erstklässler. Der Rest muss sich mit zwei Stunden wöchentlich begnügen. Auch das kantonale Reglement über Turnen und Sport in der Schule beharrt auf drei Turnstunden. Doch der Kanton schaut zu. Grund: Es fehlt an Geld, um im Wallis eine dritte Turnstunde durchzusetzen. Ein Zustand wie in den frühen 70ern!

Schülerrat schmiedet Kompromiss

Das wollen viele SchülerInnen auf dem Bildungshügel nicht akzeptieren. Sie verlangen nun wenigstens einen Wintersporttag. Und erhalten prompt Rückendeckung vom Kanton. Dieser will sich an den Kosten dieses Sporttags beteiligen. Die Schüler könnten aus einer Vielzahl von Sportarten auswählen.

«Damals dachten wir, die Organisation sollte kein Problem darstellen. Andere Schulen sind ja auch fähig, einen solchen Tag zu organisieren», betont ein Mitglied des Schülerrats enttäuscht.

Kollegium versenkt Wintersporttag

Vordergründig geht das Rektorat um Peter Arnold auf den Vorschlag der SchülerInnen tatsächlich ein. Der Schülerrat darf ein detailliertes Konzept ausarbeiten. Mitte März steht das Konzept dann auch. Skifahren, Langlauf, Snowboarden, Schlittschuhlaufen oder Eishockey, Winterwandern, Schneeschuhlaufen und Schlitteln soll angeboten werden. Bei den Bergbahnen erhalten die Schulen Spezialkonditionen und das Departement Roch garantiert einen Teil der Finanzierung des Wintersporttags.

Die Euphorie unter den KollegianerInnen ist gross: Bei einer Konsultativabstimmung verlangen 80% der SchülerInnen die Einführung des Wintersporttages. Am 28. Januar 2002 dann aber die grosse Ernüchterung: Mit grossem Mehr versenken Rektorat und Professoren den Wintersporttag. Mit unglaublichen Argumenten!

«Organisatorisch problematisch»

«Dieser Tag ist organisatorisch problematisch. Ausserdem haben wir zuwenig Sportlehrer, welche die verlangten Sportarten auch risikofrei überwachen könnten», damit war für die Schulleitung das Problem Dritte Sportstunde vom Tisch. Die Kollegien von St. Maurice und Sitten hingegen veranstalten einen solchen Tag. Für die Oberwalliser Primar- und Orientierungsschulen ist ein Wintersporttag organisatorisch kein Problem. Am Kollegium in Brig aber gibt es zuwenig kompetente Professoren, die einen Tag Skifahren oder Snowboarden unfallfrei über die Bühne bringen können.

Medientag und Herbstausflug weg, dafür mehr Stunden Unterricht!

Wann sägt Rektor Peter Arnold auch den Kollegiumstag ganz ab?

BRIG – ***«Wir unterstützen gezielt Tätigkeiten, die unsere Kollegialität und unseren Teamgeist stärken!»*** **Im Leitbild gibt sich das Kollegium weltoffen und schülerfreundlich. Doch durchs Hintertürchen streicht Rektor Peter Arnold die sozialen Events zusammen. Jetzt wird voll auf Leistung getrimmt. Die schleichende Rationalisierung!**

VON PATRICK ZEHNER

Unter Rektor Peter Arnold wurde das einst beliebte Kollegiumsfest zur öden Redenwüste. 1998 beschränkte Arnold den Tag von 22.00 Uhr auf 18.00 Uhr, 1999 wurde das Fest zwischen die Turnhallen gequetscht, 2000 der Alkoholausschank auf eine Stunde begrenzt. Ergebnis: Leeres Kollegiumsareal, volle Briger Beizen. Verständlich, dass sich auch niemand mehr an das Defizitgeschäft Kollegiumsbar wagen will. Die Abschaffung durch die Hintertür ist geglückt! Demokratisch wie das Rektorat ist, lässt es die Schüler auf der Schülerratshomepage per Internetumfrage selbst auswählen, wie sie ihren Kollegiumstag beerdigen wollen. Diese Streichung ist kein Einzelfall. *«Kürzlich wurde der Medientag ersatzlos gestrichen, nun findet der Herbstausflug nicht mehr statt, zu mündlichen Prüfungen traben wir ausserhalb der Schule an!»* klagt ein Kollegianer. *«Dabei ist man doch laut Leitbild so auf die Förderung sozialer Fähigkeiten erpicht!»*

Kollegium: Bald soziale Wüste?

Tatsächlich findet seit Arnolds Amtsantritt genau das Gegenteil statt. Vor allem der Medientag war unter den Schülern beliebt. Er diente dazu, die Medien kritisch unter die Lupe zu nehmen und Alternativmedien zu Wort kommen zu lassen. Nun wurde er ersatzlos gestrichen. Den Herbstausflug strich Peter Arnold mit der Begründung: «*Dafür gibt es jetzt die Sport und Animationstage».* Dabei gab es die auch schon vorher. Der Vorschlag des Schülerrates, einen obligatorischen Begegnungstag für die ersten und dritten Klassen einzuführen, hatte im Rektorat keine Chance. Der bleibt für die Lehrer weiterhin freiwillig. Da die SchülerInnen davon nichts wissen, bleibt er auch ungenutzt. Nun sollen die SchülerInnen auch noch während ihrer schulfreien Zeit auf dem Bildungshügel antraben. Mündliche Prüfungen werden in Zukunft ausserhalb des Stundenplans abgehalten. Die Folge dieser Politik: Mehr Schulstunden, weniger Kollegialität, mehr Leistungsdruck!

Peter Arnold: Kritiker unerwünscht!

Der Schülerrat begleitet kritisch die Arbeit der Professoren. In seinem Forum äussern die übrigen SchülerInnen ihre Kritik. Beide wurden zurechtgestutzt: Das Forum gibt es nicht mehr, der Schülerrat wurde abgemahnt.

(pz) *«Wir fordern und fördern kritisches Denken!»* Am Kollegium ein Leitbildsatz ohne dauerhafte Substanz. Erst vor kurzen wurde nämlich das ungenehme Forum des Schülerrates vom Netz genommen und durch eine harmlose Pinwand ersetzt. Stein des Anstosses: Anonym gepostete, angeblich persönliche Angriffe auf die Professorenschar. Tatsächlich besuchten die Professoren die Forumsseite mehr als die eigentliche Zielgruppe – aus Angst kritisiert worden zu sein. Ende letzten Jahres die erste Zurechtstutzung: Wer sich ins Forum eintragen will, muss sich vorgängig registrieren lassen. Treibende Kraft dahinter: Peter Arnold und Prorektor Martin Henzen. Es kam, wie es kommen musste: Die Stimmen auf dem Forum verstummten, das Forum wurde Anfangs März endgültig eingestellt. Seitdem hängt eine Pinwand im Netz. Statt Kritik dürfen jetzt CDs und Krimskrams ausgetauscht werden. Auch gegenüber Kritik des Schülerrates zeigt sich Arnold dünnhäutig. Doch statt zuerst die Aussprache mit dem Schülerrat zu suchen, kanzelte Peter Arnold die Schülervertreter vor 100 Lehrern kräftig ab. Die Schüler waren baff und selbst unter den Lehrern heisst es: *«Da ist Peter Arnold zu weit gegangen!»*

Kollegiumstag: Nur Brigensis kassiert ab!

Früher war der Kollegiumstag ein einträglicher Zustupf für die Maturareise. Jetzt ist das Fest nur noch ein Verlustgeschäft. Im Herbst 2002 musste das Rektorat denn auch die Hälfte der ersten Klassen dazu zwingen, eine Bar aufzutun. Doch während die einen hinter leeren Theken standen, scheffelte die Brigensis am Kollegiumstag mächtig Kohle. Grund: Sie durfte als einzige während zweier Stunden Alkohol ausschenken. Wohin der Erlös geflossen ist, weiss keiner. Die Brigensis lässt nur verlauten, sie habe das Geld für die Aufrundung des Benefizlottos gebraucht. Doch das brachte etwas weniger als 2000 Franken. Wo ist das restliche Geld?

Soziale Wüste Kollegium: Durchs Hintertürchen streicht Peter Arnold Kollegiumstag, Medientag, Klassentag. Dafür wird jetzt auf Leistung getrimmt.

Spital Brig holt Krebsspezialist
Gesundheitsdepartement verärgert

Visper Spitaldirektor Arnold: «Der ganze Prozess ist nicht gut gelaufen»

BRIG-GLIS – **Der Krebsspezialist Reinhard Zenhäusern kommt ans Spital Brig und wird ebenfalls im Spital Visp eingesetzt. In der Presse wurde diese Anstellung als gutes Zeichen in Richtung Zusammenarbeit gefeiert. Doch in Visp und im Gesundheitsdepartement ärgerte man sich über das Vorprellen der Briger. Das letzte Wort hat nun das Gesundheitsnetz Wallis.**

VON KURT MARTI

«Das ist ein Beweis für unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit – und auch im Sinne des neuen Gesundheitsnetzes Wallis», sagte der Briger Spitaldirektor Hugo Burgener anlässlich der Vorstellung des Krebsspezialisten Reinhard Zenhäusern. Gemäss Absicht der Spitalverantwortlichen von Brig ist Zenhäusern vom Spital Brig angestellt, behandelt aber Krebspatienten in Visp vor Ort. Laut Auskunft von Zenhäusern ist vorgesehen, dass er je zwei Tage in Brig und Visp im Einsatz ist.

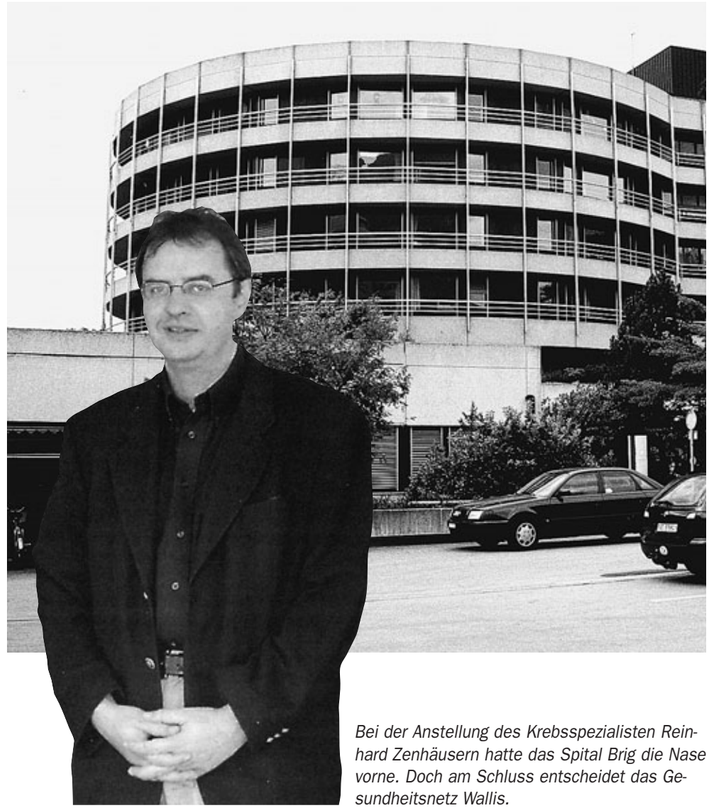
Hermann Arnold, der Visper Spitaldirektor, sieht die Sache etwas anders als sein Kollege Burgener: *«Der ganze Prozess ist nicht gut gelaufen.»* Ebenfalls im Gesundheitsdepartement stiess die Anstellung des Onkologen durch das Spital Brig und die alleinige Präsentation gegenüber den Medien auf wenig Begeisterung. Das Departement verlangt eine Lösung, welche in ein Oberwalliser Konzept integriert ist, das heisst Zenhäusern soll von beiden Spitälern angestellt werden. Gemäss Dekret zum Gesundheitsnetz Wallis (GNW) hat der GNW-Verwaltungsrat das letzte Wort über die Anstellung von Chefärzten, sowie die übrigen Inhaber von anerkannten, spezialisierten Kaderfunktionen, welche eine kantonale Koordination erfordern.

Brig und Visp wollten Zenhäusern exklusiv

Bereits seit zwei Jahren wird der Onkologe Zenhäusern, der bisher am Inselspital arbeitete, von den Spitälern Brig und Visp umworben. Anfangs wollten ihn beide Spitäler exklusiv.

Zenhäusern hatte vor fünf Jahren den Briger Onkologen Josef Fischer vertreten und seither rechneten sich die Briger Spitalverantwortlichen die besseren Chancen aus. Aber auch die beiden Spitäler Visp und Sitten versuchten Zenhäusern zu engagieren. In einem diesbezüglichen Stelleninserat in der Ärztezeitung suchten sie einen Onkologen, dessen fachliche Qualifikationen genau auf Zenhäusern zugeschnitten waren.

Spitaldirektor Arnold bestätigt die Absicht dieses Inserates und er ist der Ansicht, dass es im Oberwallis ganz klar einen zusätzlichen Onkologen braucht, aber dieser würde eigentlich nach Visp gehören. Denn Brig habe mit Josef Fischer bereits einen Krebsspezialisten, Visp hingegen habe keinen eigenen und werde durch den Krebsspezialisten Reto Obrist aus Sitten versorgt. Dieser sei jedoch überlastet, so dass man per Inserat einen Onkologen gesucht und natürlich mit der Bewerbung von Zenhäusern gerechnet habe.



Bei der Anstellung des Krebsspezialisten Reinhard Zenhäusern hatte das Spital Brig die Nase vorne. Doch am Schluss entscheidet das Gesundheitsnetz Wallis.

«Die Rolle des Schiedsrichters übernehmen»

Zenhäusern hat vor seiner Anstellung eigens ein Konzept für eine Zusammenarbeit der beiden Spitäler in bezug auf die Krebsbehandlung ausgearbeitet.

Und auch jetzt äussert er sich in diesem Sinne: *«Ich bin offen für eine optimale Form der Zusammenarbeit. Das Gesundheitsdepartement und das Gesundheitsnetz sollen in dieser Sache die Rolle des Schiedsrichters übernehmen.»* Die Zeichen stehen als nicht schlecht, dass es zu einer Zusammenarbeit im Rahmen des zukünftigen Oberwalliser Spitals Brig-Visp kommt.

Falls die schwarzen und gelben KirchturmpolitikerInnen jedoch wider alle Vernunft jetzt einen Fehler machen und Zenhäusern wieder in Richtung Bern verschwindet, werden sie die Verantwortung zu tragen haben!

Siehe Seite 20: Wann nimmt Beat Mutter den Hut?

Immer wieder neue Studien und Projekte in Naters

In sieben Jahren mehr als 350 000 Franken in Rohrkrepierer verpufft!

NATERS – **Eine alte Weisheit in der Politik lehrt: soll sich nichts bis wenig bewegen, setzt man eine Kommission ein. Und will man und frau nicht entscheiden, gibt man eine Studie oder ein Projekt in Auftrag. Geradezu inflationär sind die Studien- und Projektaufträge in der Gemeinde Naters, wie sie der Gemeinderat in den letzten Jahren in Auftrag gegeben hat.**

VON GERMAN EYER

Beispiel 1
Brunnen auf dem Marktplatz
- **Wettbewerb**
- **nicht ausgeführt**
- **schubladisiert**

Der Marktplatz im Innern von Naters fristet ein trauriges Inseldasein. Alle vernünftigen Vorschläge, um diesen Platz zu beleben, wurden seitens des Gemeinderates abgeblockt. Stattdessen wurde im Junkerhof vor Jahren die Idee geboren, den Platz mit einem Brunnen zu möblieren. Weil ein Brunnen nicht gleich ein Brunnen sein muss, wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Renommierte Bürogemeinschaften beteiligten sich daran. Eine Jury beurteilte kritisch die eingereichten Projekte. Und schliesslich kürte der Gemeinderat das Siegerprojekt. Danach wurde die Übung abgebrochen und die Ausführungspläne auf den Sankt Nimmerleinstag schubladisiert. Tausende von Steuerfranken für die Katz!

Beispiel 2
Gestaltung Furkastrasse
- **Wettbewerb**
- **nicht ausgeführt**
- **teilweise schubladisiert**

Die Furkastrasse in Naters ist eine Betonpiste die den neuen Dorfteil brutal zerschneidet. Um diesen Strassenzug fussgängerfreundlicher und attraktiver zu gestalten, schrieb der Gemeinderat einen aufwändigen Wettbewerb aus. Das Echo aus der ganzen Schweiz auf diesen Wettbewerb war beachtlich. Ein innovatives und zukunftsweisendes Projekt aus dem Urnerland erhielt den Zuschlag und wurde gleich noch mit weiteren Studienaufträgen weiter beschäftigt. Dann kam das ganze Projekt ins Stocken. Die wesentlichen Umgestaltungsvorschläge der Strassenplaner aus dem Kanton Uri wurden schubladisiert. Stattdessen wurden auf einer Strassenseite einige Bäume gefällt, um auf der anderen Strassenseite wieder neue zu pflanzen. Und es entstand schliesslich eingangs der Furkastrasse der komplizierteste Kreisel Westeuropas. Zehntausende Steuerfranken für die Füchse.

Beispiel 3
Gardemuseum
- **Studien**
- **nicht ausgeführt**
- **weiterhin schubladisiert**

Leid tun können einem die Studienbeauftragten rund um das virtuelle Natischer Gardemuseum. Seit Jahren werden sie vom Gemeinderat mit immer neuen Abklärungen bezüglich Standort und Betrieb eines Gardemuseums eingedeckt. Die Dossiers erreichen mittlerweile ein beachtliches Gewicht, ohne dass erste konkrete Schritte zur Ausführung in Angriff genommen wurden. Seitdem die Urversammlung den Kauf einer Altliegenschaft zur Einrichtung eines Gardemuseums massiv verworfen hat, wird im Junkerhof vorab studiert. Die Studienkosten gehen mittlerweile in die Tausenden Franken und das Jahr 2006, an welchem das Gardemuseum feierlich eingeweiht werden sollte, rückt immer näher.

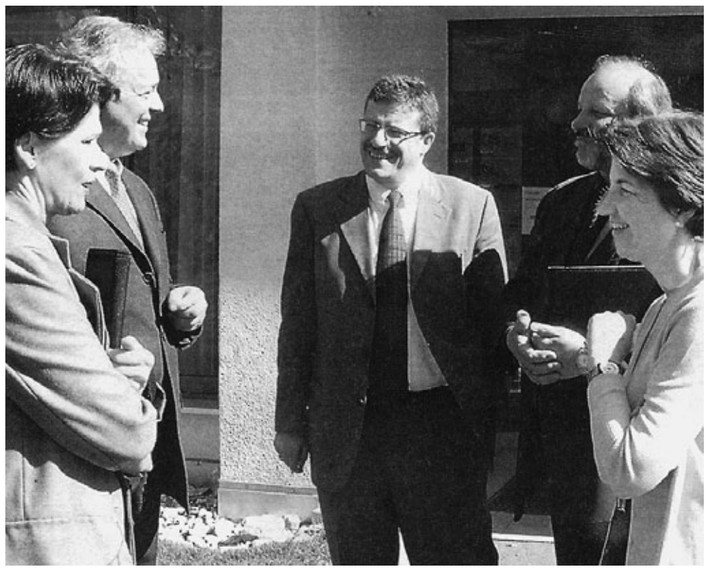
Beispiel 4
Standortkonzept «Avanti»
- **Studie**
- **nicht ausgeführt**
- **schubladisiert**

Im Zehnjahresrhythmus werden vom Natischer Gemeinderat Studien zur Aufwertung des grössten Oberwalliser Dorfes verabschiedet. Ohne erkennbare Fortschritte. Der bislang grösste Erfolg war bis dato - zumindest was das Motto betrifft - die Studie *«Nit zwit löuifu, ds Natersch chöuifu»*. Mit einem neuen Standortkonzept «Avanti» sollte schliesslich auch in Naters der definitive Durchbruch geschafft werden, um sich im Oberwallis als attraktives Begegnungszentrum zu positionieren. Kernpunkt dieses neusten Marketingkonzeptes ist ein Erlebnisring in Naters, in dem sich man und frau vergnüglich tun beim Einkaufen und Promenieren in den Strassen und Gassen von Naters. Bislang wurde mit dem «Avanti»-Konzept nicht der kleinste Sprung nach vorne geschafft. Ausser Spesen nichts gewesen und weitere Tausende von Steuerfranken futsch.

Die SP macht Nägel mit Köpfen, statt teure Papierliproduktion!

Die SP Gemeindeinitiative für eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Nachbargemeinden Naters und Brig-Glis ist gut unterwegs. Die SP-Initiative will den Stapel von teuren Marketingpapieren nicht vergrössern – die ohnehin in irgendeiner Schublade verstauben, sondern ein Projekt mit konkreten Vorschlägen, wie die beiden Gemeinden in Zukunft zusammenarbeiten sollen. Sobald das gesamte Packet geschnürt ist, soll es dem Stimmvolk unterbreitet werden. Die BürgerInnen von Brig-Glis und Naters haben damit die Möglichkeit frei und demokratisch an der Urne zu entscheiden, wie die zukünftige Zusammenarbeit konkret aussehen soll. Alles andere ist teure Papierliproduktion ohne erkennbare Ergebnisse.

Die Gemeindebehörden von Brig-Glis und Naters reagierten nach dem alten Muster auf den Vorstoss der SP. Wenige Tage nach der Lancierung der vernünftigen Initiative kündeten die Präsidentinnen von Naters und Brig-Glis die Ausarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzeptes an. Damit ist ein weiterer teurer und zahnloser Papiertiger in der Pipeline.



Die Frage steht im Raum: Genügt in der Agglomeration Brig-Glis und Naters eine Gemeindepräsidentin? Ein Schreiber? Und braucht es im Oberwallis tatsächlich drei Regionalsekretäre?

Weiterer Schlendrian im öffentlichen Beschaffungswesen

- Verstoss gegen das Transparenzgebot
- Kriterien während des Verfahrens abgeändert
- Heimatschutz für Präfekt Josef Bumann

Bundesgericht zwingt den Staatsrat und das Kantonsgericht zur Einhaltung der Vorschriften!

SITTEN – **Seit 1996 gelten die neuen Regeln im öffentlichen Beschaffungswesen. Doch die Walliser Kantonsverwaltung steckt noch tief im alten Schlendrian. Im vergangenen Februar wurde die amtliche Vermessung von Blatten im Lötschental zum zweiten Mal im Amtsblatt ausgeschrieben, und zwar weil das Bundesgericht den Staatsrat und das Kantonsgericht per Gerichtsentscheid dazu zwingen musste.**

VON KURT MARTI

Die amtliche Vermessung der Gemeinde Blatten im Lötschental wurde im Amtsblatt vom 11. Juni 1999 erstmals ausgeschrieben. In der Ausschreibung waren die folgenden Zuschlagskriterien aufgelistet: Preis, Qualifikation Anbieter, Qualifikation Projektteam, Realisierungsvorschlag und Regiearbeiten. Doch es fehlte die gesetzlich vorgeschriebene Angabe der prozentualen Gewichtung der Kriterien. Und noch gravierender: Die prozentuale Gewichtung wurde während des Ausschreibungsverfahrens verwaltungsintern abgeändert.

Heimatschutz für Präfekt Josef Bumann

Im Juli 1999 wurden elf Angebote eingereicht. Der Auftrag ging an das Ingenieur- und Vermessungsbüro Bumann-Bonvin, welches mit einem Preis von 505 000 Franken das preisgünstigste Angebot einreichte. Das Geometerbüro Rudaz hatte mit seinem Angebot in der Höhe von rund 530 000 Franken das Nachsehen. Einmal mehr hatte der Visper Präfekt und Regionspräsident Josef Bumann mit seinem Büro Bumann-Bonvin den besten Draht in die Sittener Verwaltung. Den Entscheid teilte das zuständige Departement für Sicherheit und Institutionen unter Staatsrat Jean-René Fournier am 16. März 2000 den Beteiligten mit.

Das Büro Rudaz reichte gegen diesen staatsrätlichen Beschluss Beschwerde beim Kantonsgericht ein, mit der Begründung, die Vergabebehörde habe weder sämtliche verwendeten Unterkriterien noch die Prozentgewichtungen bekannt gegeben und zudem nach Eingang der Angbote beziehungsweise nach der Offerteröffnung die Gewichtung des Preiskriteriums von 30% auf 60% abgeändert. Damit sei das Transparenzgebot und folglich Bundesrecht verletzt worden.

Kein Heimatschutz für Präfekt und Regionspräsident Josef Bumann: Die Vermessung von Blatten wurde auf Geheiss des Bundesgerichtes neu ausgeschrieben.

Kantonsgericht schützt Fehlentscheid des Staatsrates

Die öffentlich-rechtliche Abteilung des Kantonsgerichtes liess sich von den schlagkräftigen Argumenten des Beschwerdeführers überhaupt nicht beeindrucken. Am 8. November 2000 wies das Kantonsgericht die Beschwerde ab.

Am 12. Dezember 2000 reichte der Beschwerdeführer staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht ein und verlangte die Aufhebung des Urteils des Kantonsgerichts und der Zuschlagsverfügung des Staatsrates. Dieses hiess die staatsrechtliche Beschwerde gut und hob das Urteil des Kantonsgerichtes auf. Zudem brummte das Bundesgericht dem Kanton Wallis eine Gerichtsgebühr von 2 000 Franken sowie eine Entschädigung an den siegreichen Beschwerdeführer von 2 500 Franken auf.

Scharfe Rüge des Bundesgerichtes

Das Bundesgericht rügt in seinem Urteil vom 24. August 2001 das Kantonsgericht mit scharfen Worten und zwar mit dem Verweis auf das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (ÜoeB) und die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IvoeB): *«Wenn die Behörde für eine bestimmte auszuschreibende Arbeit schon konkrete Unterkriterien aufstellt und ein Schema mit festen prozentualen Gewichtungen festgelegt hat, muss sie dies den Bewerbern zum Voraus bekannt geben. Es ist ihr sodann verwehrt, derart bekannt zu gebende Kriterien nach erfolgter Ausschreibung, insbesondere nach Eingang der Angebote, noch wesentlich abzuändern, so beispielsweise die festgelegten Prozentsätze nachträglich zu verschieben.»*

Neuausschreibung im Februar

Der Kantonsgeometer Herbert Imoberdorf erklärte auf Anfrage, dass die Vermessung von Blatten Anfang dieses Jahres neu ausgeschrieben wurde, wie das Bundesgericht es verlangte. Dabei seien die Kriterien und deren Gewichtung selbstverständlich bei der Ausschreibung bekannt gegeben worden. Imoberdorf hat letztes Jahr das Amt des Kantonsgeometers von Gaston Michlig übernommen. Die vom Bundesgericht gerügte Ausschreibung und Vergabe fand noch in der Amtszeit von Michlig statt, dessen undurchsichtige Vergabepraxis immer wieder zu Rechtsstreitereien Anlass gab.

Polizeiliche Aufgaben überfordern die Gemeinden

Im Oberwallis sind regionale Lösungen gefragt!

STEG – **Immer mehr Gemeinden im Oberwallis geraten in finanzielle Schieflage, weil der Kanton zunehmend Aufgaben an die Gemeinden delegiert. So auch bei der Sicherheit. Die Kantonspolizei kann nicht in allen Gemeinden präsent sein und die Gemeinden selber können sich keine eigene Gemeindepolizei leisten. Dabei greifen die verantwortlichen Gemeinderäte auf zweifelhafte Dienste von privaten Sicherheitsfirmen, obwohl es auch anders gehen würde.**

VON CYRILL PINTO

Markus Hauser von der Procontas GmbH sagt es klipp und klar: Eine Privatisierung der Staatsgewalt kommt für ihn nicht in Frage. Trotzdem übernimmt seine private Sicherheitsfirma seit 1998 verschiedene Aufträge von den Gemeinden. Markus Hauser: *«Unsere Leute, welche bei den Gemeinden arbeiten, wurden von der Kantonspolizei ausgebildet und von den Gemeinden vereidigt. Die Kantonspolizei war es auch, welche von uns verlangt hat, unsere Autos und Uniformen mit ‚Polizei' zu beschriften.»*

Doch am 13. März diesen Jahres kam die Wende. Die Kantonspolizei teilte der Sicherheitsfirma mit, sie müsse die Polizeibeschriftungen wieder abnehmen und dürfe nur kleine Aufgaben von den Gemeinden entgegennehmen, wie die Kontrolle des ruhenden Verkehrs. Die Kantonspolizei begründet ihren Vorstoss mit der Unvereinbarkeit der Interessen einer privaten Sicherheitsfirma und einer Gemeinde. *«Während eine reguläre Gemeindepolizei als öffentliches Organ im Dienste der Bevölkerung steht und für deren Sicherheit und für Ruhe und Ordnung sorgt, zielen die Interessen eines privaten Sicherheitsunternehmens auf Umsatz und Gewinn ab.»* So die Begründung der Kantonspolizei für deren Rückzieher.

Gemeinde Turtmann: Procontas sorgt für Sicherheit seit 1998

«Seit 1998 übernimmt die Procontas Aufgaben wie die Überwachung des ruhenden Verkehrs. Dies sind aber bloss unterstützende Aufgaben und keine eigentlichen Polizeiaufgaben», so Georges Jäger von der Gemeinde Turtmann, zuständig für das Ressort Polizei. *«Wir hatten Probleme nach den Discos mit randalierenden Jugendlichen. Deshalb wurde die Idee ins Leben gerufen, die Procontas, welche ja schon in der Disco für die Sicherheit zuständig war, könne für die Sicherheit auch nach der Disco sorgen. Die Kantonspolizei überträgt selber immer mehr Aufgaben an die Gemeinden. Es gab auch schon Bestrebungen im Bezirk Leuk, eine überregionle Gemeindepolizei aufzubauen, doch die anderen Gemeinden blocken. Das Angebot der Gemeinde Leuk war zu teuer und die Gemeinde Gampel hat bereits einen Gemeindepolizisten, welcher die Parksünder anzeigt.»* So sieht's im Bezirk Leuk aus, wo die Procontas bereits in einigen Gemeinden tätig ist.

Gemeinde Bürchen: Alternative Lösungen von Visp abgeblockt

Nicht anders ist es im Bezirk Westlich Raron, wo die Procontas auch Tätigkeiten übernommen hat, wie die Kontrolle der Polizeistunde und Anzeigen gegen Parksünder. Thomas Imesch, Gemeindepräsident von Bürchen, suchte nach anderen Lösungen, bevor er die Procontas in seiner Gemeinde engagiert hat. *«Wir sind zuerst an die Gemeinde Visp gegangen, um zusammen mit den Verantwortlichen der Gemeinde und der Gemeindepolizei Lösungen auszuarbeiten. Konkret fragten wir nach einer Offerte für den Dienst der Gemeindepolizei Visp in Bürchen. Zuerst hatten wir mit der damaligen Gemeindepräsidentin Ruth Kalbermatten Kontakt und danach mit dem neuen Gemeindepräsidenten Rene Imoberdorf.»* Die Gemeinde Bürchen hat aber die geforderte Offerte nie erhalten. Die Gemeinde Bürchen entschied sich unter Zugzwang dann für die Lösung Procontas, wäre aber für eine überregionale Lösung mit der Gemeinde Visp offen gewesen.

Alternative: Regionale Gemeindepolizei

Die Recherchen der *Roten Anneliese* zeigen, was von der Linken im Oberwallis schon lange propagiert wird: Kleine Gemeinden können auf die Dauer nicht alle Aufgaben, welche auf eine Gemeinde fallen, selber bezahlen. Verschiedene Aufgaben, wie in diesem Beispiel die Gemeindepolizei, müssen überregional von mehreren Gemeinden getragen werden. So sieht es auch Markus Hauser von der Procontas: *«Wir haben mit den Gemeindeverantwortlichen Lösungen gesucht, denn unsere Sicherheitsfirma kann nicht alle Aufgaben einer Gemeindepolizei übernehmen. Konkret wollten wir die Verantwortlichen von einzelnen Gemeinden, wo eine überregionale Lösung das beste gewesen wäre, an einen Tisch bringen. Doch im Oberwallis scheint dies nicht möglich zu sein.»*

Auch Thomas Imesch zeigt sich offen: *«Eine überregionale Gemeindepolizei wäre eine mögliche Alternative, die wir noch nicht ins Auge gefasst haben.»*

Unsichere Kantonspolizei: Zuerst musste Procontas ihre Wagen mit «Polizei» beschriften, dann hiess es wieder abschminken.

Kantonspolizei filzt Jugendliche am Bahnhof Brig
Leibesvisitationen oft ohne rechtliche Grundlage

«Schliesslich stand ich nackt in der Zelle der Kantonspolizei»

BRIG-GLIS – **Tatort Bahnhof Brig: Dutzende Jugendliche werden von Zivilpolizisten ohne rechtliche Grundlage einer Leibesvisitation unterzogen. Die Kantonspolizei dementiert. Die *Rote Anneliese* zeigt, wie die Polizei gegen Jugendliche vorgeht und gibt Filz-Tips für Jugendliche, welche von den Gesetzeshütern kontrolliert werden.**

VON CYRILL PINTO

In Thun befindet sich das eigentliche Mekka für Kiffer. Zahlreiche Jugendliche aus dem Oberwallis pilgern deshalb nach Thun, um sich in den zahlreichen Hanf-Shops mit dem streng duftenden Kraut einzudecken. Das weiss auch die Walliser Kantonspolizei und kontrolliert deshalb mehrere Male in der Woche in den Zügen, welche von Bern aus ins Wallis fahren, und am Briger Bahnhof Jugendliche und ihre Taschen.

Dass die Beamten nur mit einem Tatverdacht und einem Durchsuchungsbefehl in die Taschen der Zugspassagiere greifen dürfen, ist eigentlich rechtlich klar geregelt. Die Polizei darf nur beim sogenannten *«Ertappen auf frischer Tat»* ohne Einschränkungen Leibesvisitationen durchführen (siehe Kasten). Wie die folgenden Beispiele zeigen, setzt die Walliser Kantonspolizei jedoch regelmässig das geltende Recht ausser Kraft.

Ausweisentzug und Leibesvisitation

Ein Jugendlicher erzählt: *«Ich war mit dem Zug von Brig nach Bern unterwegs als kurz vor dem Lötschbergtunnel zwei Beamte der Walliser Kantonspolizei in Zivil nach meinem Ausweis fragten. Ich forderte die zwei Beamten auf, sich auszuweisen und wollte wissen, wozu sie meinen Ausweis brauchen. Die zwei Gesetzeshüter gerieten ob meiner Frage so in Rage, dass sie kurzerhand meine Identitätskarte einzogen und mit ihr abmarschiert sind.»* Der betreffenden Person (Name ist der Redaktion bekannt) wurde ohne Tatverdacht der Ausweis für einen Tag entzogen. *«Als ich am Abend aus Bern wieder nach Brig zurückgekehrt war, ging ich sofort zum Posten der Kantonspolizei in Brig und forderte meinen Ausweis zurück. Die betreffenden Polizisten mussten sich bei mir entschuldigen und gaben mir den Ausweis zurück.»*

In den meisten Fällen werden Jugendliche am Bahnhof Brig angehalten und auf den Posten der Kantonspolizei beim Bahnhof mitgenommen. Dort findet, in der Zelle des Postens, meist eine Leibesvisitation statt. Dazu ein Jugendlicher aus Visp: *«Ich wurde mehrere Male auf dem Bahnhof Brig einer Leibesvisitation unterzogen. Es wurde wirklich alles kontrolliert. Die Taschen, die Kleider und zum Schluss, als ich schliesslich nackt in der Zelle des Postens stand, gaben die eifrigen Beamten schliesslich auf. Sie haben nie etwas gefunden. Ich wurde immer ohne Tatverdacht kontrolliert.»*

Kantonspolizei: «Filzen hat präventive Wirkung»

Dazu Armin Venetz Infochef der Walliser Kantonspolizei: *«Wie wir bei Personenkontrollen vorgehen, ist in unserem Reglement klar festgehalten. Die Jugendlichen am Bahnhof Brig oder bei Kontrollen in den Zügen werden nur einer Leibesvisitation unterzogen, wenn sie auf frischer Tat ertappt werden. Mit dabei war auch mehrmals der Oberwalliser Kreischef Carlo Kuonen, welcher sich vom einwandfreien Vorgehen der Beamten vergewisserte. Dazu muss gesagt werden, dass, auch wenn bei den Jugendlichen nichts gefunden wird, eine Personenkontrolle eine präventive Wirkung hat.»*

Filz-Tips: So kannst Du Dich wehren

1. **Durchsuchungsbefehl verlangen:** Fordere die Polizei auf, Dir den richterlichen Durchsuchungsbefehl zu zeigen. Die persönliche Durchsuchung ist ein Eingriff in das verfassungsmässige Grundrecht auf persönliche Freiheit und damit bloss bei Vorliegen eines konkreten Tatverdachts und entsprechendem richterlichen Durchsuchungsbefehl zulässig. Keinen richterlichen Durchsuchungsbefehl braucht die Polizei beim «Ertappen auf frischer Tat».
2. **Polizei muss sich ausweisen:** Fordere die Polizei auf, sich auszuweisen, sowie Dir den Vorgesetzten und die Beschwerdestelle bekanntzugeben. Wenn die Beamten diesen Forderungen nicht nachkommen, reiche selber Beschwerde ein, und zwar bei deren Vorgesetzten bei der Polizei. Scheu Dich nicht, erforderlichenfalls einen Anwalt zu konsultieren. Die Polizei darf Dir Fragen stellen und allenfalls Deine Identität überprüfen. Diese Überprüfung muss einen Grund haben und Du hast Anspruch darauf, zu wissen, weshalb dies polizeilich von Interesse ist. Es ist unzulässig, aus einer Identitätsüberprüfung einen Durchsuchungsgrund abzuleiten, nach dem Motto: *«Dich kennen wir, Dich müssen wir mal näher anschauen»* beziehungsweise *«Bist Du nervös? Leer mal Deine Taschen!»*.
3. **Aussage verweigern und Anwalt verlangen:** Du hast das Recht, die Kontaktierung eines Anwalts zu verlangen und erforderlichenfalls nur in Anwesenheit eines Anwalts auszusagen. Die Beamten dürfen nicht mit Bluffs und Tricks operieren. Gelangen sie in Verletzung von Verfahrensgrundsätzen in den Besitz von Beweismitteln, kann deren Nichtverwendbarkeit beantragt werden. Hast Du Dir nichts zu Schulden kommen lassen oder kann man Dir nichts nachweisen und bist Du zu Schaden gekommen, kannst Du Schadenersatz und in gravierenden Fällen Genugtuung verlangen.

Peter Volken, Rechtsanwalt, Brig

CVP-Ja zur Arbeitslosenversicherungs-Revision

- Weniger Taggeld für Arbeitslose
- Saftige Lohnerhöhung für Reiche
- Kantone und Gemeinden sollen blechen

Cina und Schmid: Gegen die Schwächsten und gegen die Interessen des strukturschwachen Kantons Wallis.

Cina und Schmid von allen guten Geistern verlassen!

BERN – **Einmal mehr politisiert die Walliser CVP-Delegation frontal gegen die Interessen des Wallis. Unglaublich: Jean-Michel Cina und Odilo Schmid sagen ja zur Kürzung der Taggelder, ja zur Lohnerhöhung bei den Reichen, ja zu Gemeinde-Fürsorge statt Bundes-Versicherung. Damit rollt die Kostenlawine auf Kanton und Gemeinden zu. Ein Ja mit millionenteuren Folgen für den für Arbeitslosigkeit anfälligen Kanton Wallis!**

VON PATRICK ZEHNER

«Die unsozialste Vorlage seit langem!» empört sich SP-Nationalrat Peter Jossen über die 3. Revision der Arbeitslosenversicherung (AVIG). Anders sehen dies die beiden anderen Oberwalliser Nationalräte. Odilo Schmid und Jean-Michel Cina haben dem neuen AVIG in der Schlussabstimmung des Nationalrates vorbehaltlos zugestimmt. Dieses schwarz-gelbe Blackout beschert den Walliser Lehrlingen und Frauen massive Probleme, wenn sie arbeitslos werden. Die Leistungskürzung schlägt auf die Fürsorgekassen von Kanton und Gemeinden. Hier die drei Böcke der CVP-Delegation:

1. CVP-Bock: 400 statt 520 Taggelder

Wer in Zukunft arbeitslos wird, muss vorher während 12 Monaten in die Arbeitslosenkasse eingezahlt haben bis er Arbeitslosengelder verlangen kann. Bisher galt eine Beitragszeit von sechs Monaten. Ein Magenschlag für Jugendliche, die aus der Lehre kommen und für wiedereinsteigende Frauen! Die Schwächsten werden zukünftig zur Kasse gebeten. Die Taggelder werden zudem von bisher 520 auf 400 Tage hinuntergestutzt. Dies bedeutet für insgesamt 12,2 Prozent der Arbeitslosen eine Kürzung. Danach sollen die Familien oder die Kantons-/Gemeinde-Fürsorge zum Zuge kommen. Cina und Schmid unterstützen diesen Tiefschlag!

2. CVP-Bock: 5340 Fr. mehr für die Reichen

Wer zwischen 107 000 und 267 000 Franken verdient, zahlt seit 1998 zwei Prozent Solidaritätsbeiträge. Der Bundesrat wollte in der AVIG-Revision nur noch ein Prozent. Das war dem Nationalrat nicht genug. Neu zahlen die Bestverdienenden keinen Rappen mehr. Nach den Steuererleichterungen des letzten Jahres nun auch eine Lohnerhöhung für die Reichen von bis zu 5340 Franken. Cina und Schmid stehen dahinter, ohne rot zu werden! Im Gegenzug wollen sie bei den Arbeitslosen sparen, das heisst bei den Jugendlichen, bei den wieder erwerbstätigen Frauen, bei den Angelernten und Ungelernten.

3. CVP-Bock: Gemeinden und Kanton zahlen

Der Bundesrat kann zukünftig in einem Kanton, der von erhöhter Arbeitslosigkeit betroffen ist, die Bezugsdauer von Taggeldern um 120 Tage erhöhen. Cina und Schmid wollen sogar, dass sich der Kanton dann zu 20 Prozent an den Kosten dieser Übung beteiligt. Das Wallis soll also bei der nächsten Rezession dafür blechen, dass es ein strukturschwacher Kanton ist. Die Kostenfolgen des CVP-Ja für das Wallis und die WalliserInnen sind gravierend! Selbst das seco (Bundesamt für Wirtschaft) gibt nun zu: *«Es ist damit zu rechnen, dass ein Teil der eingesparten Ausgaben des Bundes bei Kantonen und Gemeinden anfällt!»* Die finanzielle Entlastung des Bundes und der Reichen zahlen nun Kanton und Gemeinden. Auch dank der Walliser CVP-Delegation!

CVP-Slalom zum Expo-Zusatzkredit

Dagegen, dafür, enthalten!

(pz) *«Das Vertrauen ist weg!»* donnert CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina Ende Februar gegen den Expo-Zusatzkredit. *«So geht es wirklich nicht. Das Finanzgebaren jagt mir den Nuggi raus».* Auf der CVP-Homepage gibt Cina noch einen drauf: *«Das Fass ist übergelaufen.»* Am 6. März dann die plötzliche Spitzkehre des Salgeschers: Er enthält sich in der Schlussabstimmung des Nationalrates. Das ganze ist umso peinlicher, weil Jean-Michel Cina heftig für das strategische Nein geweibelt hatte. Der strategische Berater der CVP versuchte im Vorfeld durch markige Sprüche, seine Partei als Oppositionspartei zu profilieren. Vergeblich! Cinas Versuch, die CVP auf Opposition zu trimmen, scheitert einmal mehr kläglich. Selbst Zeitschrift *«Facts»* höhnt: Das organisierte Jein.

Odilo Schmids Zickzack

Dieselbe Slalomfahrt vollführt Cinas Fraktionskollege Odilo Schmid. *«Man verarscht uns!»* klagt er ungehalten im WB. Und weiter: *«Es reicht!»* Doch keine zehn Tage später ist bei ihm der Ärger wieder verflogen. Trotz offiziellem CVP-Nein stimmt Schmid für Eintreten. Kurz vor dem Ziel dann der erneute Schlenker: Schmid enthält sich in der Schlussabstimmung.

Kampf der Kokabauern in Bolivien

«¡La Coca no es Cocaina, Carajo!»

LA PAZ/BOLIVIEN – **Seit Wochen das gleiche Bild: Demonstrationen, Strassenblockaden, Einsatz des Militärs. Kokabauern versperren die Landstrassen mit Steinen, die Soldaten räumen sie, neue Steine werden angerollt. Immer wieder gibt es Verletzte und Tote, Berichte über Folterungen nehmen zu. Der demokratisch gewählte Abgeordnete Evo Morales wird vom Parlament ausgeschlossen. Dies alles wegen einer Pflanze, dem Koka.**

VON DOMINIK LUGGEN UND SONJA OESCH, LA PAZ

Demonstrationen, Strassenblockaden, Einsatz des Militärs: Boliviens Kokabauern sind in Aufruhr. Ursache ist der sogenannte *«Plan Dignidad»* (Plan Würde), dessen Ziel die Vernichtung der Kokafelder in Bolivien ist. Geboren wurde die Idee in den USA, die sie dann dem bolivianischem Volk aufzwangen. Die Rechnung der Regierung Bush scheint einfach: Unterbindet man die Produktion von Drogen, so verschwindet auch der Konsum. Doch die Realität sieht anders aus: Wo Nachfrage, da das Angebot. Die Anzahl der Drogenkonsumenten in den USA hat nämlich trotz Vernichtungen von Feldern in Lateinamerika nicht abgenommen, nur die Produktion hat sich verlagert.

Elend dank «Plan Würde»

Der Anbau von Kokapflanzen existierte in Bolivien schon seit Tausenden von Jahren. Die Pflanze wird heute noch für religiöse Zwecke gebraucht und als Medizin eingesetzt. Ohne Koka hätten die Nachfahren der Inka und Aymara die Kolonialisierung der Spanier nicht überlebt. Weder die Konquistadores noch die Republik konnten die Pflanze ausrotten, sie gehört zur Kultur Boliviens wie der Emmentaler zur Schweiz. Die Kokapflanze hat zum Reichtum des Landes beigetragen; die heute von den Touristen bewunderten Gebäude finanzierten sich aus dem Verkauf von Koka.

Wichtiger als soziokulturelle und historische Gründe sind aber ökonomische: Der Kokaanbau erlaubt es den Bauern nicht nur zu überleben, sie können zudem sparen und vielleicht ein Kind studieren lassen. Andere Pflanzen werfen keinen Gewinn ab, viele wachsen erst gar nicht. So verursachen die Zerstörungen der Kokafelder Massenemigrationen in die Städte. Gewinner sind die grossen Firmen, das verlassene Land können diese billig erwerben, die ehemaligen Bauern müssen sich für einen Armutslohn als Landarbeiter verdingen. Das einzige Ergebnis des *«Plan Würde»*: die Umverteilung des Bodens vom Kleinbauern zum Grossgrundbesitzer.

Kind in Bolvien beim Verkauf von Kokablättern.

La Paz, Hauptstadt Boliviens: Scheinheiliger Kampf der USA gegen die Bevölkerung

Das lange Warten auf Kundschaft

(so) «¡Hola Amiga!» grüsst mich jeden Morgen eine Marktfrau, die vor ihrem Verkaufsstand mit Handwerk sitzt und auf Kunden wartet. Hundert warten mit ihr. Es herrscht ein Wust an Ware, doch die Kunden bleiben wegen der Blockaden aus. Eine Strasse weiter rufen Blumen- und GemüseverkäuferInnen ihre Waren aus. Auch sie bleiben auf ihren Waren sitzen. Die Bananen werden schwarz, der Kohl grau und doch bieten die Menschen sie weiter feil. Auf dem Prado stehen Männer mit Uhren, Regenschirmen oder anderen kleinen Gegenständen. Von morgens bis abends versuchen sie, ihre Waren zu verkaufen. Selten ändert sich an der feilgebotenen Menge etwas. Jene, die auf der Strasse leben müssen, essen und schlafen neben ihren ausgebreiteten Waren. Die StrassenverkäuferInnen gehören zu den jährlich Tausenden von Landflüchtenden, die wegen schlechter Lebensbedingungen auf dem Lande in der Stadt ihr Glück suchen. La Paz ist in seinem Tal so verbaut, dass selbst die Hänge auf beiden Seiten der Stadt keinen Platz mehr für die Bevölkerung bieten. So hat sich im Norden eine zweite Stadt gebildet. Eine halbe Million Menschen haust in diesem Stadtteil, viele von ihnen ohne Strom und fliessendes Wasser.

Giangiacomo Feltrinelli
Verleger und Revolutionär

Giangiacomo Feltrinelli stammt aus einer der reichsten Familien Italiens und wurde 1926 in Mailand geboren. Als junger Mann schliesst er sich den Partisanen an. Nach Kriegsende tritt er in die Kommunistische Partei Italiens (PCI) ein. 1954 gründet er einen eigenen Verlag. Er publiziert Bücher und Zeitschriften, die aufrütteln und ihm manchen Prozess bescheren. Die letzten Jahre seines kurzen Lebens verbringt Feltrinelli im Untergrund. Am 14. März 1972 wird er am Fuss eines Hochspannungsmastes in Segrate bei Mailand tot aufgefunden. Die Umstände seines Todes sind bis heute nicht geklärt.

VON HILAR EGGEL

Einsame Kindheit

Im Leben der vielbeschäftigten Eltern ist nicht viel Platz für die beiden Kinder, Antonella und Giangiacomo. Sie werden von Gouvernanten betreut, die Eltern sehen sie selten. Sie wachsen in einer spartanischen Erziehung auf. Giangiacomo schreibt: «Mein Vater war eine der herausragendsten Persönlichkeiten der Finanzwelt in den Jahren 1927-1935...Er bot ein klassisches Beispiel dafür, wie Finanz- und Industriekapital verschmelzen können...Ich habe eine sehr orthodoxe Erziehung genossen. Gouvernanten, Komfort, Reisen und so weiter und immer isoliert von meinen Altersgenossen. Ich wuchs auf diese Weise praktisch ohne Freunde auf.»

Da die Eltern selten zuhause sind, verbringt Giangiacomo die meiste Zeit mit seiner Schwester Antonella: «Für uns war es ein Martyrium...Wir waren vollständig uns selbst überlassen, aber gefangen, ohne je das Gartentor verlassen, ohne je jemanden kennen lernen zu können.» Giangiacomo, dessen rebellischer Charakter immer klarer zum Ausdruck kommt, gerät oft in Streit und Zänkereien, erleidet demütigende Strafen und wird tagelang im Keller bei Brot und Wasser eingesperrt.

Gründung des Verlags

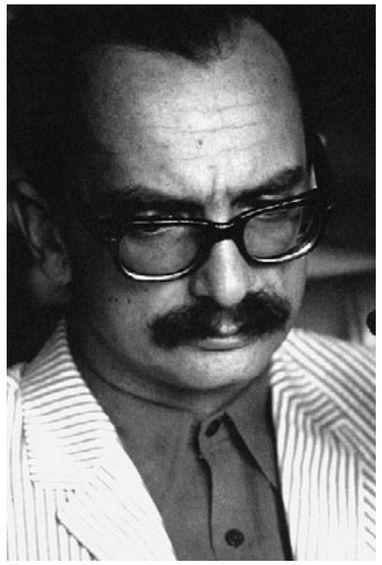
Mit Büchern die Welt verändern, mit Büchern gegen die Ungerechtigkeit anzukämpfen, dies waren der Antrieb und das Ziel Feltrinellis, als er 1954 einen eigenen Verlag gründete. Mit der Gründung des Verlages Feltrinelli will er seinem Leben einen Sinn und der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) ein Werkzeug in die Hand geben. Grundlegend ist für ihn die Vorstellung, den «notwendigen» Büchern ein Publikum zu verschaffen.

Feltrinelli wird ein erfolgreicher Verleger. Er veröffentlicht unter anderen die berühmten Bücher «Doktor Schiwago» und «Der Leopard», die beide zu Bestsellern werden. Sehr früh hat er den Wandel im kulturellen und politischen Bereich erkannt. Als Verleger stellt er die Verlagskultur völlig auf den Kopf. Der Verlag entwickelt eine Kultur, die das aufsog, was draussen passierte, die offen war für die politische Literatur in anderen Ländern und für andere Formen des Denkens. Feltrinelli ist aber immer auch Kaufmann. Kontinuierlich baut er seine Buchhandlungen aus. Auch hier war er innovativ.

Politisch brisante Themen

Feltrinelli lässt sich als Verleger von den Zensurbehörden nicht einschüchtern. Zwei Beispiele: Anfangs der sechziger Jahre klärt er ab, ob er das Buch «Wendekreis des Krebses» von Henry Miller veröffentlichen soll. Seine Berater raten ihm dringend von einer Publikation ab. Er beschliesst, den Titel in einer in Bellinzona gedruckten Ausgabe in Umlauf zu bringen, die nur unter dem Ladentisch verkauft werden kann.

Feltrinelli veröffentlicht 1965 den Roman von Rolf Hochhuth «Der Stellvertreter», in dem der Autor das Schweigen des Papstes Pius' XII. angesichts der Verbrechen des Nationalsozialismus anprangert und die katholische Kirche der Mitverantwortung bezichtigt. Als Premiere soll das Stück in einem Theater in Rom aufgeführt werden. Die Aufführung wird verboten. Zwei Tage später wird das Stück in der Libreria Feltrinelli aufgeführt.



Giangiacomo Feltrinelli: Verleger und Revolutionär (1926–1972)

Im zehnjährigen Jubiläumskatalog des Verlages schreibt Feltrinelli: «Doktor Schiwago, Der Stellvertreter und die experimentellen Texte der italienischen Avantgarde waren Episoden ein und desselben Kampfes um die Freiheit des Wortes gegen jedwelche Macht, die der Meinung ist, Analyse, Kritik oder Kreativität eines Dichters oder Wissenschaftlers» zu unterbinden.

Die Angst vor dem Faschismus

In den sechziger Jahren erlebt Italien eine Zeit heftigster politischer Auseinandersetzungen. In den grossen Fabriken des Nordens wird gestreikt, die Kommunistische Partei (PCI) legt zu und faschistische Organisationen rufen unverhohlen gegen die «rote Gewalt» auf. Feltrinelli ist überzeugt, dass es in Italien einen faschistischen Staatsstreich geben würde. Im nachhinein hat sich herausgestellt, dass diese Gefahr tatsächlich bestand; es war nicht eine verrückte Vorstellung. Er hatte damals bereits Informationen darüber. Er hatte beispielsweise Kontakte zu einem Netz früherer Partisanen. Dieses Netz sollte den Staatsstreich bekämpfen helfen.

Aufenthalt in Kuba

1967 weilt er für einige Wochen in Kuba und reist mit Fidel Castro quer durch die Insel. Er lernt den Fotographen Korda kennen, der ihm das weltberühmte Foto Che Guevarras schenkt. Nach dem Tod Che Guevaras im Oktober lässt Feltrinelli Plakate des Fotos mit der Beschriftung «Che lebt» drucken. Die Plakate werden zu einem Symbol des internationalen Kampfes gegen den Imperialismus, strahlen ein Mythos aus und werden ein Riesenerfolg.

Im Januar 1968 fliegt Feltrinelli wiederum nach Kuba. Während des Aufenthalts auf der Insel schreibt er den Aufsatz «Guerilla und revolutionäre Politik», in dem er sich mit der politischen Entwicklung Italiens beschäftigt. Die richtige Strategie sieht er im «systematischen und progressiven Einsatz der Gegengewalt. Die politische Guerilla muss sich als grundlegendes strategisches Element im gegenwärtigen Kampf des italienischen Proletariates entfalten.» Er entwickelt einen regen Aktionismus, besucht Veranstaltungen, hält Vorträge, nimmt an Diskussionen teil und kommt zur Überzeugung, dass es an der Zeit ist, zu den Waffen zu greifen. Im selben Jahr gibt er die in Kuba hergestellte Zeitschrift «Tricontinental» heraus, in der das erste Interview mit Yassir Arafat erscheint. Der anonyme Interviewer, der den Führer der Palästinenser nach dem Sechs-Tage-Krieg ausserhalb von Damaskus in einem geheimen Feldlager befragt, ist Feltrinelli selbst.

Leben im Untergrund

In den letzten vier bis fünf Jahren ist Feltrinelli immer weniger Verleger. Er radikalisiert sich politisch zusehends, taucht unter und teilt dem Verlag, den Buchhandlungen und dem Institut seine «Entscheidung für die Unauffindbarkeit» mit.

Unter dem Decknamen «Oswaldo» ist Feltrinelli führendes Mitglied der GAP, der Gruppi di azione partigiana. Die Gruppe tritt in der Nähe Genuas mit Überblendungen der Abendnachrichten in Erscheinung. Feltrinellis Stimme ist zu hören, die auf eine bevorstehende faschistische Demonstration aufmerksam macht.

Am 14. März 1972 wird ein Mann neben einem Hochspannungsmasten in der Nähe von Mailand gefunden. Bis heute weiss man nicht, was zum Tod Giangiacomo Feltrinelli geführt hat, ob er sich aus Versehen selbst in die Luft gesprengt hat oder ob er ein Opfer rechtsradikaler Kreise ist.

Feltrinelli gehört zu den schillernsten Figuren der italienischen Nachkriegszeit. Ein Freund schreibt. «Er war ohne Zweifel ein Mann mit grossem Verstand, impulsiv, mit einem Hang zum Kommandieren. Er begeisterte sich leicht. Er glaubte an das, was er tat...Aber er war ein entsetzlich einsamer Mensch.»

«Mein Ziel... ist das Buch, das den Leser ergreift, das Buch, das den Menschen, die es lesen, etwas «antut», das Buch, das im täglichen Durcheinander der Geschichte den letzten Ton hört, den, der überdauert, wenn der überflüssige Lärm verstummt ist.» (Giangiacomo Feltrinelli)

Das Gedächtnis der Arbeiterbewegung

Mitten in Mailand, im Herzen der Kapitale des italienischen Kapitalismus, befindet sich an der Via Romagnosi eine kleine sozialistische Oase: die Fondazione Giangiacomo Feltrinelli. Sie ist eines der bedeutendsten Archive zur Geschichte der Arbeiterbewegung.
1948 begann Feltrinelli, im kriegsversehrten Europa Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu sammeln, mit denen er den Grundstock zu einem der wichtigsten Archive zur Sozial- und Arbeitergeschichte gelegt hat.
Er war der Überzeugung, dass man die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht studieren könne, wenn nicht zuvor Dokumente, Quellen und Materialien gesammelt werden. Dies war der Anstoss für Feltrinelli, in Mailand eine Bibliothek zur Arbeiterbewegung zu gründen. In der grössten Bibliothek zur Arbeiterbewegung sind über zweihunderttausend Bücher und rund zwanzigtausend Periodika gesammelt.

Bücher als Waffen gegen die Ungerechtigkeit

Feltrinelli war ein origineller und bleibt ein aktueller Verleger. Schon anfangs der sechziger Jahre hatte er die Kurdenfrage aufgeworfen, als das Thema noch ganz im Dunkeln war. Er fragte sich, warum die Kurden kein Land haben. Geändert hat sich bis heute überaus wenig. Und wie steht es mit Palästina? Die palästinensischen Gebiete werden von den Israelis belagert und mit Panzern überfahren. Der gewählte Präsident ist eingeschlossen und handlungsunfähig. Nach dem Motto "Zahn um Zahn" hat Sharon eine blutige Spur hinterlassen. Und der amerikanisch Präsident Bush schweigt, nachdem er im September letzten Jahres "den Krieg gegen den Terrorismus" erklärt hat. Nun: Ist Staatsterrorismus nicht auch Terrorismus? Feltrinelli wäre wohl dieser Meinung gewesen und hätte sicher ein interessantes, kritisches Buch auf den Markt geworfen.
Feltrinelli war international bekannt und tätig. Er reiste viel, hielt Vorträge, besuchte Veranstaltungen und gab Statements zu aktuellen politischen Fragen und Problemen ab. Er war einer der Ersten, der die afrikanischen Länder bereiste und an Kongressen teilnahm, als die Dritte Welt keinen interessierte. Es waren die Bücher, die er als Waffen gegen die Ungerechtigkeiten in der Welt einzusetzten versuchte.
Feltrinelli war überzeugt, dass die LeserInnen von «notwendigen» Büchern die Botschaft von Freiheit und Gerechtigkeit in die freie Welt hinaustragen würden. Obwohl er in den Untergrund abgetaucht ist, hat er nicht an der «Macht der Bücher» gezweifelt. Er überliess den Verlag seinen MitarbeiterInnen, weil er der Ansicht war, dass sie den Verlag auch ohne ihn mit Erfolg weiterführen würden.
Gegen die Spassgesellschaft eines Berlusconi hätte sich Feltrinelli sicher zur Wehr gesetzt. Mit seinem Medienimperium, das Eigeninteressen verfolgt und im Gegensatz zur Verlagspolitik eines Feltrinelli steht, vertuscht und verschleiert Berlusconi die Justizskandale und hebelt gutgelaunt eine demokratische Rechtsnorm nach der anderen aus, zum scheinbar alleinigen Ziel der eigenen Reinwaschung. Klammheimlich zerbröselt die Gewaltentrennung zwischen Justiz und Regierung. Doch trotz der dummen Berieselung der Massen, die der Medienzar inszeniert, regt sich der Widerstand. Millionen von Menschen gehen auf die Strasse und protestieren gegen diese rechtsgerichtete Politik.
Feltrinelli war ein einsamer Mensch, der für sich allein Entscheide fällte und diese radikal durchzusetzten versuchte. Dieser Charakterzug führte ihn in eine Sackgasse. Denn fraglich sind die Art und Weise, wie er seine Ideen umsetzen wollte. Er gehörte nirgendwo richtig dazu. Alles hatte eine zu persönliche Seite, alles hatte zu viel mit ihm selbst zu tun. Viel Geist und Enthusiasmus hatte er, aber an manchen Punkten fehlte ihm das politische Gespür. Er war und blieb letztlich ein Verleger.

Wohin frau/man geht

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Samstag, 1. Juni, 21.00 Uhr
ShakeNight
Hip-Hop mit DJ C-tune, DJ I-Cut

Jeden Donnerstag ab 20.00 Uhr
Jam Session im Tünel

Tünelkultur, bonzzaj, Taleskreis und Massaclub presents:
«Sommeranfang, Sonnenwende, längster Tag und Vollmond»
electronic air felsheim
21. und 22. Juni 2002
Camping Felsenheim, Mörel

Freitag, 21. Juni 2002:
studer tm and dj gigs select. freestyle session
carli brown drum 'n' bas, jungle, hard step
fränci one drum 'n' bass
nandan goa

Samstag, 22. Juni 2002:
jamsession – workshops – massagen
tre cannabienieri summer sun session
zion's power reaggea, funk
moustix (les moustiques battus)
electronic funk
dj herbal and teh baddis crew
ragga, dub, hip hop, r'n'b
nandan goa

Ticketvorverkauf im Plattuladu z'Brig:

Freitag	Fr. 10.–
Samstag	Fr. 20.–
Freitag und Samstag	Fr. 25.–

Sonntag, 26. Mai, 11.00 Uhr
Pierre Imhasly & Speedy
Lesung mit Bass-Begleitung

Kino um 17.00 Uhr
Mediathek Wallis, Grünwaldsaal, Brig

Sonntag, 12. Mai
Der Elefantenmensch
(The Elephant Man)
David Lynch, Grossbritanien, 1980

2. bis 31. Mai 2002, Stadt Zürich
«warmer mai»
Die Vielfalt lesbischen und schwulen Kulturschaffens
Infos unter: www.warmermai.ch

SP

jeden Freitag, ab 18.30 Uhr
Politapero
im Restaurant Simplon, Naters

Umwelt-Agenda

Samstag, 3. bis 26. Mai, Mittwoch bis Sonntag, jeweils 15.00 bis 20.00 Uhr
Aula Primarschule Susten (Leuk)
Fotoausstellung «Schöne neue Alpen»
Organisiert von Dialog Nord-Süd, OGUV, Pro Natura, VCS, WWF, CIPRA

Samstag, 11. Mai, 9.00 Uhr
Info Pavillon A9, Gamsen
Kompensationsmassnahmen für Natur und Landschaft der A9 im Raume Brig
Arnold Steiner, Biologe

Mittw., 15. Mai, 19.00 Uhr, Bhf.-Buffet. Brig
Meteoriten – Chancen und Gefahren
Vortrag: Beda Hofmann

Samstag, 18. Mai, 8.15 Uhr
von Ausserberg nach Raron
Botanisch-Zoologische Exkursion
mit Peter Keusch

Samstag, 25. Mai, 7.15 Uhr
Treffpunkt Zeneggen (PTT Visp ab 6.47 Uhr)
Ornithologische Exkursion
mit Esther Summermatter

Sonntag, 26. Mai, 8.00 Uhr, Bahnhof Gampel
Lebensraum Rotten
Leitung: Ralf Imstepf

Dienstag, 4. Juni, 19.00 Uhr
Bahnhofbuffet in Brig
Sternstunden des schweizerischen Seilbahnbaues
Vortrag mit Prof. Dr. Gabor Oplatka

Donnerstag, 6. Juni, 19.00 Uhr, Biela/Ried-Brig
Botanischer Abendspaziergang
mit Peter Imhof

Samstag, 8. Juni
Ganztägige Exkursion in die Föhrenwälder von Stalden, Visperterminen und Visp
mit Andreas Riggling und Ralph Manz

Sonntag, 23. Juni, 8.15 Uhr, Bahnhof Brig
Naturkundliche Wanderung im Binntal
mit Peter Kernen

Samstag, 29. Juni, 13.00 Uhr
Die alpine Vegetation rund um Zermatt
Leitung: Arnold Steiner, Biologe

Samstag/Sonntag, 29./30 Juni, Exkursion
Flora und Fauna im Aletschgebiet
Leitung: Remo Wenger, Biologe

Nähere Informationen und Anmeldung:
Oberw. Umweltsekretariat, Tel. 027 923 61 62

Die Schwarzen und Gelben verbreiten die *«Rote Anneliese»* per Fax.

Die Roten machen die *«Rote Anneliese»* zum Geschenk oder abonnieren sie!

☐ **Ich bestelle die «RA»** ☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax: 027 923 69 71

Unterstützen auch Sie den Recherchier-Fonds der *Roten Anneliese*!

- **Harte Recherchen sind das A und O einer kritischen Zeitung. Die *Rote Anneliese* möchte in diesem Sinne noch einen Zacken zulegen und dem Walliser Filz noch näher auf den Pelz rücken.**
- **Mit der Lancierung eines Recherchierfonds sollen in Zukunft Recherchen ermöglicht werden, welche wir uns sonst nicht leisten könnten.**
- **Helfen Sie mit und benutzen Sie den eingeklebten Einzahlungsschein mit dem Vermerk: *«Recherchierfonds»*!**
- **Die *Rote Anneliese* wird sich mit harten Fakten bedanken.**

Dicke Eier

Türkenbund- oder Stadtkasse

Die Räumung der Briger Altstadt nach dem Kasbah-Fest kostet rund 7 000 Franken. Für die Bezahlung dieser Aufräumkosten ist der Türkenbund als Organisator schlicht und einfach nicht in der Lage, so dass dafür die Brig-Gliser SteuerzahlerInnen aufkommen müssen. Weil Louis Ursprung ebenfalls zu den Türkenbündlern gehört, musste er als Säckelmeister der Stadt diese Subventionierung zähneknirschend hinnehmen. Im Stadtrat weckte diese Verschleuderung öffentlicher Gelder zunehmend für Unbehagen, so dass im März beschlossen wurde, fortan solle der Türkenbund die Aufräumkosten selbst übernehmen, falls es die Schlussabrechnung des Kasbah-Festes erlaubt. Im nächsten Frühjahr werden wir sehen, welche Kasse dem Finanzminister Ursprung näher am Herzen liegt: Die Türkenbund- oder die Stadtkasse.

Stadtkalender statt Stadtbroschüre

Wo bleibt nur die neue Briger Stadtbrochüre? Projektleiter Jean-Marie Schmid hat im letzten Herbst gegenüber der *Roten Anneliese* hoch und heilig versprochen: Ende 2001 ist die Broschüre bereit. Schliesslich ist sie schon mehr als zwei Jahre unterwegs und der Stadtrat musste Schmid schon zünftig mahnen. Als an der Sion Expo statt der neuen Stadtbroschüre ein farbiger Stadtkalender präsentiert wurde, war das Erstaunen gross. Insiderkreise vermuten nun, die Stadtbroschüre Brig-Glis werde gar nie gedruckt, weil Schmid vorsichtshalber die Fusion der Gemeinden Brig-Glis und Naters abwartet.

Gelbe Brummbären gegen Brummis

Noch vor Jahren knurrten die Gelben vehement, die 40-Tönner seien am Simplon zuzulassen. Aber subito! Gegen die Alpeninitiative und die Verlagerung der Brummis auf die Schiene führten die Gelben deshalb eine kräftige Pranke. Heute brummen sie wegen der Verkehrsmisere am Simplon und sammeln eifrig Unterschriften für die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene. Auch für die Brummi-geplagten Brummbären der CSPO ist es niemals zu spät, aus dem verkehrspolitischen Winterschlaf aufzuwachen.

Escher Rolf: Nach dem Wolf die Schafe

Diese zwei machen sich wirklich Sorgen um die Schweizer Zukunft: Der Bündner Ständerat Theo Maissen und unser Rolf aus Brig. Nachdem sie in der Dezember-Session wie die Löwen dafür gekämpft haben, dass die Touristen nicht mehr als Häppchen für den Wolf missbraucht werden, doppeln die beiden nun nach: Jetzt wollen sie die Zukunft der Schafwolle sichern! Als Nebenprodukt fallen in der Schafhaltung nämlich jährlich gegen 900 Tonnen Wolle an. Diese werden bis jetzt mit Bundesgeld verwertet. Ab 2004 fällt dies weg. Die Verwertung der Wolle wird damit defizitär. Die ganze Wirtschaft könnte somit in Schieflage geraten. Hoffentlich kommen die beiden Ständeherren durch: Es wäre schade, wenn die Schweiz bei der Hightech-Industrie Schafwoll-Verwertung den Anschluss verliert.

Stellungnahme der Firma RAUMART

Mit der Firma Gertschen nichts zu tun

Die Firma RAUMART wurde am 30. Dezember 2001 mit einem Aktienkapital von 200 000 Franken von Remo Bittel und Josef Heynen gegründet. Damit werden neun Arbeitsplätze geschaffen. Bittel und Heynen waren ehemalige Angestellte der Firma Gertschen.

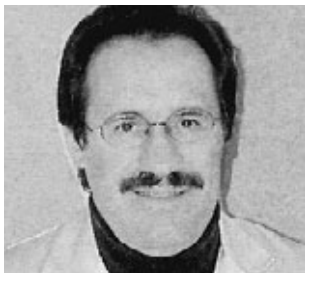
Beide legen Wert darauf, dass ihre Firma RAUMART zwar die Räumlichkeiten der Firma Gertschen mietet, sonst aber nichts mit dieser Gesellschaft zu tun hat, insbesondere nichts mit den hängigen Verfahren im Fall der Schwarzgelder.

Aderlass am Spital Brig

Wann nimmt Beat Mutter endlich den Hut?

BRIG-GLIS – **Wie lange muss die Oberwalliser Bevölkerung diesem CVP-Polittheater am Oberwalliser Kreisspital Brig noch zusehen? Wie lange stösst Spitalpräsident Beat Mutter die Führungspersonen noch vor den Kopf? InsiderInnen sagen voraus: Mutter nimmt an der nächsten Generalversammlung den Hut.**

Direktor Walter Borter ging.



Chefarzt Leo Anthenien ging.

Finanzchef R. Venetz geht.

VON KURT MARTI

Vor genau vier Jahren wurde Beat Mutter zum Verwaltungsratspräsident des Oberwalliser Kreisspitals Brig gewählt. Zuvor war er seit 1984 Direktor der Walliser Kantonalbank (WKB) in Brig. Unter dem gelben WKB-Präsident Odilo Guntern wurde der schwarze Bankdirektor Mutter wegrationalisiert oder wie es offiziell hiess: Er liess sich frühpensionieren. Als im Juni 2001 der Spitalverwaltungsrat von 15 auf 7 Mitglieder verkleinert wurde, musste ausgerechnet der Arzt Andreas Guntern, der Bruder von WKB-Direktor Odilo Guntern, das Gremium verlassen.

Jetzt hat sich das Blatt wiederum zugunsten der Guntern-Brüder gewendet: Odilo Guntern wurde vom Staatsrat in den Verwaltungsrat des Gesundheitsnetzes Wallis (GNW) gewählt und sitzt erneut eine Stufe höher als Beat Mutter, welcher über diesen Entscheid *«vor Wut kocht»,* wie aus gut informierten Quellen zu erfahren war.

Wer ist der nächste?

Doch Mutter hat sich auch aus eigenen Kräften ins Abseits manövriert. Zuerst warf Spitaldirektor Walter Borter das Handtuch. Dann folgte der Finanzchef Reinhard Venetz, welcher sich für die Nachfolge Borters beworben hatte und von Mutter nicht einmal zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen wurde. Dann verliess Leo Anthenien, der Chefarzt des Psychiatriezentrums Oberwallis, das Spital Richtung Innerschweiz und arbeitet heute in einer Privatklinik. Zudem soll ein weiterer Chefarzt bei einer internen Wahl kaltgestellt worden sein. In all diesen Fällen hiess das Problem Beat Mutter. Doch die Verantwortung trägt der gesamte Verwaltungsrat, insbesondere die beiden CVP-GemeindepräsidentInnen Edith Nanzer-Hutter und Viola Amherd, welche diesem Exodus schweigsam assistieren.

Der Spielraum und die Akzeptanz für Mutter wird immer kleiner. Mit der Wahl des GNW- Verwaltungsrat wird die Kompetenz der Spitalverwältungsräte massiv eingeengt. Mehr oder weniger offen wird die entscheidende Frage unter den Betroffenen gestellt: Wann nimmt Mutter den Hut? Insider haben darauf jetzt schon eine Antwort: An der nächsten Generalversammlung im Juni!

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 171 / Februar 2002
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis

Der heitere Schluss

Ein Denkmal für Doktor Goudron in Naters.